

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (G. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 P., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 16. Juni 1894.

Inserate die viergespaltene Zeile oder deren Raum 20 P. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Weigenstraße 12.

Kapitalistische Drohungen.

In den sozialen Kämpfen unserer Tage haben sich die Unternehmer zur Wahrung ihrer Interessen der rücksichtslosesten Maßregeln gegen die Arbeiter bedient und damit bewiesen, daß sie vor keiner Gewaltthat, vor der ärgsten Brutalität nicht zurückschrecken. Das Duzensystem in den Fabriken, die Zurückbehaltung einer Lohnkauton, die strafweise Entlassung „mißliebiger“ gewordener Arbeiter, welche wir Maßregelungen nennen, die geheimen Achtungszeichen auf den Arbeitseugnissen, die schwarzen Listen, das persönliche Niederschreiben streikender Arbeiter, wie es in Böhmen, Belgien, Frankreich, Amerika geschehen oder das Zusammenschließen der Streikenden durch Polizei und Militär, wie es in allen kapitalistischen Ländern zu den Programmpunkten offiziell-kapitalistischer „Sozialreform“ gehört und andere „arbeiterfreundliche“ Maßregeln mehr charakterisieren den Gegner, mit dem es die Arbeiter zu thun haben und zeigen, wie auf jener Seite die von ihr so vielgepredigte soziale Verbündung gemeint ist. Die angeführten Maßregeln zeigen, daß die Unternehmer viel, sehr viel thun können, um die ihnen unbehaglichen, menschengewordenen Arbeiter zu züchtigen und zur Unterwerfung zu bringen. Aber eins können sie nicht thun, die Arbeiter selbst sozusagen abzuschaffen. Will die Kapitalistenklasse existieren, so hat sie als solche die Existenz der Arbeiterklasse zur Voraussetzung; ohne Arbeiter kein Kapitalist. Es kann also wohl der „begehrliche“ Arbeiter Paul gemahregelt werden, aber man braucht als Ersatz für ihn den Arbeiter Peter. Wollte die Kapitalistenklasse den heroischen Entschluß fassen, die Produktion allein fortzuführen, Kapitalist und Arbeiter in einer Person zu vereinen, so würde es verdammt schlecht mit dem Geschäftsgewinn, mit den Zinsen und Dividenden ausfallen. Oder aus Empörung über die unzufriedenen Arbeiter die Fabriken ganz sperren? Ja, dann hört sich jedes Geschäft auf, die in den Fabrikanlagen, den Maschinen, Rohstoffen zc. festgelegten Kapitalien sind tot, völlig verloren; der reiche Kapitalist von heute wäre der arme Teufel von morgen.

Und doch ist wiederholt die Betriebs-sperre als Kampfmittel gegen die Arbeiter angebroht worden. Fast bei jedem Lohnkampf, gebehe er bis zum Streik oder nicht, ertönt die Drohung der Unternehmer, daß sie die Geschäfte sperren werden. Schreiber dieser Zeilen erlebte dies vor mehreren Jahren persönlich, als er für streikende Arbeiter mit dem Fabrikanten unterhandelte. „Wissen Sie“, waren nach kaum begonnenem Gespräch seine Worte, „wissen Sie, ich habe zu leben; ich werde die Fabrik sperren und mich nicht länger mit den Arbeitern ärgern.“ „Ich zweifle nicht daran“, erwiderte ich, „daß Sie zu leben haben, aber daß Sie Ihre Fabrik sperren, daran glauben Sie selbst nicht. Uebrigens sind

auch wir im Besitze von Mitteln, die uns gestatten, die Streikenden ein Vierteljahr lang genügend zu unterstützen und der aus so langem Betriebsstillstand erwachsene Schaden wird für Sie viel größer sein als für die streikenden Arbeiter.“ Er „sperre“ schließlich auch nicht, sondern bewilligte die Forderungen der Arbeiter. Die kapitalistischen Blätter, voran die „Allg. Ztg.“, erörtern bei jeder größeren Lohnbewegung den Kapitalistenstreik und Dismard empfahl ihn vor einigen Jahren direkt einigen in Friedrichshagen besuchenden Kapitalisten. In den letzten Tagen ist der Kapitalistenstreik angebroht worden anlässlich des Kampfes der organisierten Arbeiter mit den Brauereibesitzern und Direktoren in Berlin. Nun wir haben kurz dargelegt, daß der in Aussicht gestellte Kapitalistenstreik eine so lächerliche Drohung ist, daß sie auf keinen urtheilsfähigen Menschen Eindruck macht und streng genommen, nur in Witzblättern vorkommen sollte.

Aber es gibt noch weitere und ähnliche Drohungen. So äußerte sich z. B. der bekannte Würzener Leder-Industrielle Freiherr v. Jühl auf der Versammlung des Vereins für Sozialpolitik im Jahre 1890: „Familien, die seit Generationen in der Großindustrie Deutschlands „arbeiten“, welche den Betrieb nicht allein fortreiben, um Geld zu verdienen, sondern auch aus einem gewissen Pflichtgefühl heraus, unter die Herrschaft von Arbeiterorganisationen stellen zu wollen, die aus dem Auslande importirt sind, das ist unmöglich. Wenn die deutsche Gesetzgebung die Arbeiterorganisation in der Weise einführt, wie es Herr Brentano anstrebt, so wird die nächste Folge sein, daß die Großindustrie ausschließlich nur noch von Aktiengesellschaften betrieben wird und zwar deshalb, weil die Rücksichtslosigkeit, die dann nothwendig wird, von dem Privatmanne nicht ausgeht werden kann.“

Sehr zutreffend bemerkt dazu Professor Hertner: „Ohne weiter auf die recht sonderbaren Vorstellungen, die der genannte Großindustrielle sich von Berufsverbänden der Arbeiter gebildet hat, einzugehen, mag nur bemerkt werden, daß nach allen bisher gemachten Erfahrungen die Verwandlung von Großbetrieben in Aktiengesellschaften durchaus keine sozialpolitisch ungünstigen Folgen gezeitigt hat.“ Die Behauptung, daß die Aktiengesellschaften als Arbeitgeber weniger Rücksichten gegen die Arbeiter gelten ließen als die privaten Einzelunternehmer, ist zwar oft aufgestellt, unseres Wissens aber noch nicht bewiesen worden. Es liegt ja auch nahe, daß bei der Verwandlung eines Großbetriebes in eine Aktiengesellschaft die Begünstigungen des Arbeitgebers zu den Arbeitern sich nicht allzu sehr ändern können, denn in einem Großbetriebe mit mehreren hundert Arbeitern ist ein nahes persönliches Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitgeher ohne weiteres durch die Natur der Sache ausgeschlossen.

Wenn es auch zu bedauern ist, daß gerade Arbeitgeber, die ihr Geschäft nicht nur des Geldes wegen, sondern „aus einem gewissen Pflichtgefühl heraus“ betreiben, dieses Pflichtgefühl nicht in der Weise zum Ausdruck bringen, daß sie in erster Linie den sozialpolitischen Fortschritten die Wege ebnen, sondern sofort mit ihrem Miktritt vom Geschäft drohen, so würde unseres Erachtens ihr Bleiben um den Preis des sozialen Stillstandes zu theuer erkauft sein.“

Dem Arbeiter kann und muß es in der That gleich sein, ob er sich ausbeuten lassen muß von den Einzelunternehmern, einem Krupp, Pöhl oder von der Aktiengesellschaft, deren Direktor der Herr Baare in Bochum ist oder von einer beliebigen andern Gesellschaft. Ausbeutung, Unterdrückung, Verfolgung, Maßregelungen zc. sind immer das gleiche, ob sie vom Fabrikanten oder vom Direktor ausgehen. Durch Drohungen, wie diejenige Pöhl's ist, werden sich die Arbeiter nicht abhalten lassen, sich zu organisiren und nach der uneingeschränkten Freiheit der Koalition zu streben, bis das Ziel erreicht ist.

Eine weitere Drohung der Kapitalisten, welche sich aber nicht bloß gegen die Arbeiterbegehrlichkeit, sondern auch gegen die richtige direkte Besteuerung richtet, ist diejenige der Auswanderung. Das Kapital wandert aus — wie absurd! Denn das heißt, die Fabriken sammt ihren Einrichtungen, das immobile, unbewegliche Kapital an Grund und Boden, Häusern, aber auch das Vieh — alles das wandert aus. Hertner wirft die Frage auf, was Auswanderung des Kapitals heißt und er antwortet darauf mit folgenden Sätzen: „Offenbar können unter diesem, wenn auch nicht mit Recht, so beliebten Schlagworte sehr verschiedene Dinge verstanden werden.“

„Der Kapitalist kann sein in einem heimischen Unternehmen stehendes Kapital herausziehen und im Auslande anlegen. Von einem wirklichen Herausziehen kann hier aber gar nicht die Rede sein. Man kann ein Unternehmen verkaufen und den Kaufpreis in fremden Werthen anlegen. Dabei ist aber nur eine privatwirtschaftliche Verschiebung eingetreten; volkswirtschaftlich bleibt es im Allgemeinen ja gleichgültig, ob das betreffende Unternehmen dem A oder dem B gehört, ob es von A oder B geleitet wird. Das einmal in Fabriken, in Maschinen, in Transporteinrichtungen usw. fixirte Kapital kann sonst volkswirtschaftlich gar nicht auswandern.“

Nun ist die Möglichkeit geboten, daß die Kapitalisten die jährlich verfügbar werdenden Ueberschüsse der heimischen Produktion nicht zur Erweiterung der heimischen Anlagen im Inlande verwenden, sondern ausländische Werthe kaufen. Abgesehen davon, daß eine derartige Operation, in großem Maßstabe ausgeführt, den Werth auswärtiger Effekten so steigern würde, daß die höhere Rentabilität derselben in Frage käme, so hätte doch der Staat auch einige Mittel in

der Hand, um einem Massenabflusse heimischer Kapitalien entgegenzutreten.“

Als solche Maßregel wird u. A. die Beschränkung in der Anlagefreiheit des Kapitals bezeichnet; diese Maßregel kann aber unwirksam gemacht werden, indem der Kapitalist sammt seinem Kapital auswandert. Mit diesem Kapitalistenstreik resp. dieser Kapitalflucht hat sich bereits der Engländer Ricardo beschäftigt und er fand die Ausführung sehr unwahrscheinlich. In der That dürfte beispielsweise in Oesterreich, Frankreich, der Schweiz zc. wenige deutsche Kapitalisten zu finden sein, die sich als „Streikende“ aus ihrem Heimathland geflüchtet haben und sich nun im Auslande aufhalten. Häufiger haben wir dagegen heute schon das spekulative Kapital in ausländischen Staatspapieren angelegt, das bereits in den sechziger Jahren auf 10 Milliarden Mark geschätzt wurde und heute wohl eine viel größere Summe ausmachen dürfte. Dieses Kapital ist aber weder in Folge der Arbeiterbewegung noch gar der „Sozialreform“ — welche es ja in den sechziger Jahren noch gar nicht gab — aus Deutschland ausgewandert, sondern darum, weil es gegen höhere Zinsen angelegt werden konnte.

Die bestehenden Klassen und ihre Vertreter befassen sich aber nicht bloß mit der Schmälerung des Kapitalgewinns durch die Arbeiterbewegung und die Sozialreform, sondern auch mit dem Ziele des Sozialismus, der Abschaffung des Privatkapitals. Bereits in den sechziger Jahren schrieb der berühmte Leibnizianer der deutschen Bourgeoisie, der „Volkswirtschaftler“ Faucher: „Die Abschaffung des Kapitaleigenthums, kraft dessen das Kapital entstanden ist und allein fortbestehen kann, wäre gleichbedeutend mit Abschaffung des Kapitals, gleichbedeutend mit Abschaffung der Arbeitermassen selbst. Wenn den Sozialdemokraten diese Wahrheit nicht klar ist, der erste Versuch wird sie ihnen klar machen.“

Die logische Schwäche dieses Seelen-ergusses liegt natürlich in der unbewiesenen Behauptung, sagt Friedrich Albert Lange, daß das „Kapital“, d. h. bebauter Boden, Eisenbahnen, Kanäle, Fabriken, Maschinen usw., nicht fortbestehen könne, ohne das „Kapitaleigenthum“, d. h. ohne das erbliche Verfügnngsrecht der Gründer des „Geschäftes“, auf welches hier die Gesellschaft rekurirt wird. Und er fährt fort: „Die bloße Befürchtung, daß sie mit der Abschaffung des Kapitals und der Kapitalisten auch sich selbst abschaffen würden, kann die Arbeitermassen nicht in Schranken halten; denn zunächst einmal werden sie an diesen Zusammenhang nicht glauben, am allerwenigsten, wenn er ihnen von denjenigen gepredigt wird, welche sich der Früchte ihres großen Wertes reichlich erfreuen.“ Aber auch auf die Gefahr hin, sich selbst mit abzuschaffen, können sie versucht sein, dem „Geschäft“ in seiner bisherigen Form ein jähes Ende zu bereiten; zumal, da jeder Einzelne hoffen kann, unter den Ueberlebenden zu sein,

den, daß die Menschheit gar aussterben würde, wenn sie der Kapitalisten entbehre, wird man nicht einmal den Kindern erlauben können."

So schrumpfen die fürchterlichsten Drohungen der Kapitalisten zu leeren Schlagworten zusammen, welche bei den Klassenbewußten Arbeitern nur Feltterkeit erregen können, die indifferenten Arbeiter aber zum Nachdenken veranlassen müssen.

Sind die engl. Trades-Unions sozialdemokratisch?

Diese Frage ist durch die albernsten Kritiken, welche die bürgerliche Presse am internationalen Bergarbeiter-Kongreß geübt hat, wieder in den Vordergrund der Diskussion gerückt, nachdem sie erst ganz kürzlich anlässlich der Beschlüsse des letzten (Belfaster) Kongresses der Trades-Unions eine lebhaft erörterte in den Blättern aller Parteirichtungen erfahren hat. Darnach beantwortete die Mehrzahl dieser Blätter die Frage mit Ja, oder doch dahin, daß die Trades-Unions auf dem besten Wege seien, sozialdemokratisch zu werden.

So schrieb die Berliner „Volks-Zeitung“: „Der wichtigste Beschluß des Kongresses knüpfte sich an einen von dem radikalen Londoner Aldermann Mr. Ben Tillet gestellten Resolutionsantrag, der im Wesentlichen besagte: Es ist ein Fonds zur Grundlegung der Wahl von unabhängigen Arbeiterkandidaten in die Vertretungskörper zu bilden; die aus diesem Fonds unterstützten Repräsentanten haben in den Vertretungskörpern strikte das jeweilige vom Kongresse proklamierte Programm zu verfolgen. Zu diesem Antrage schlug Delegierter Mac Donald folgendes Amendement vor: „Alle aus dem Fonds unterstützten Kandidaten müssen auch das Prinzip des Kollektiveigentums und der staatlichen Innehabung aller Produktions- und Distributionsmittel vertreten.“ Die Diskussion bewies die einschneidende Bedeutung des Amendements. Die Frage stand zwischen dem „alten“ und dem „neuen“ Trades-Unionismus, zwischen Individualismus und Sozialismus, zwischen den „Labour-Members“ und den Burns-Rick Hardie-Deuten. Der „neue“ Unionismus datirt von dem großen Londoner Dockstreik des Jahres 1889 her, der den Trades-Unionismus von den gelehrten auf die ungelerten Arbeiter ausdehnte, das heißt von Deuten, die in ihrem Berufe aufrücken und selbst Kapitalisten werden können, auf die, welche bleiben müssen, wo sie sind und darum

an der gegenwärtigen Ordnung der Dinge kein Interesse haben. Das Amendement wurde mit 187 gegen 97 Stimmen angenommen. Die theoretische Bedeutung der Resolution ist die Identifizierung des Trades-Unionismus mit der Sozialdemokratie.“

Ganz zweifellos ist dies der Fall, denn das Prinzip des Kollektiveigentums ist eines der wichtigsten Grundprinzipien des Sozialismus. Wer sich zu diesem Prinzip bekennt, der bekennt sich zum Sozialismus.

Eingehender behandelt das echt kapitalistische „Sächsisch-Preussische Handels-Blatt“ die Schwendung, welche die Trades-Unions nach dem Sozialismus hinüber gemacht haben, in folgenden Ausführungen:

„Seit dem großen Ausstand der „unskilled man“ in den Londoner Docks, der den bis dahin gänzlich unbekanntem John Burns mit einem Schlage zur populärsten Persönlichkeit Englands gemacht hat, sind die englischen Gewerkschaften nicht mehr Gegenstand unserer Betrachtungen gewesen. Unser Urtheil stand vom ersten Auftreten John Burns' und später auch Rick Hardies unerschütterlich fest: die Trades-Unions mußten unrettbar der Sozialdemokratie verfallen; der Weg, den sie in den letzten Jahren eingeschlagen hatten, konnte nur zur Sackgasse des Kollektiveigentums führen, und selbst als die bekannte Studienkommission der deutschen Bergwerksbesitzer vor 3 Jahren die englischen Montanbezirke bereist hatte und nach ihrer Rückkehr den englischen Gewerkschaften ein immerhin noch hochtönendes Loblied ausstimmte, da sprachen wir schon die Ansicht aus, die Experten hätten die Angelegenheit zu rosig geschildert, die Trades-Unions würden in absehbarer Zeit zum Vorkampfe des Sozialismus werden. Die späteren Ereignisse haben uns Recht gegeben, ja die Metamorphose ist viel rascher vor sich gegangen, als wir ursprünglich angenommen: schon heute sind die Trades-Unions nichts Anderes als sozialistische Koalitionen, die einzelweise sich wohl noch hier und da in dem Rahmen des ursprünglichen Programms halten mögen, in der Gesamtheit aber nur noch sozialistisch beschließen und wirken wollen. Die kurze Spanne Zeit, die seit dem 1890er Gewerkschaftskongresse in Liverpool und dem soeben zu Ende gegangenen in Belfast verstrichen ist, hat in ihrer Art Wunder bewirkt. Personen und Gegenstände haben eine grundsätzliche Veränderung erfahren, die Trades-Unions

haben sich absichtlich proletarisirt, sie sind von ihrer bisherigen Stellung einer mit den Arbeitgebern gleichberechtigten Größe hinabgestiegen, haben sich zu „Ausgebeuteten“ und Verfolgten proklamiert — kurzum, sie durchliefen die ganze Skala, die von materialistischer Gewohnheit allmählich zum ziellosen Ich-Stulnis und Sozialismus führt. Die jahrhundertlange ruhmvolle Geschichte der Trades-Unions endet zu einer häßlichen Farce aus. (1)

„Es bedarf gar keiner theoretischen Auseinandersetzungen, um dies zu beweisen: ein detaillirter Vergleich zwischen Liverpool und Belfast genügt vollkommen, obwohl auch der Liverpooler Kongreß schon sozialistisch infigirt gewesen ist. Vor drei Jahren hatte Macdonald auf dem Liverpooler Kongresse den sozialistischen Prinzipalantrag eingebracht, wonach kein Arbeiterkandidat unterstützt werden sollte, der sich nicht auf das Prinzip des Kollektiveigentums und der gesellschaftlichen Kontrolle aller Produktions- und Distributionsmittel verpflichtete.“ Dieser Antrag, der sozusagen die Quintessenz des Sozialismus enthielt, wurde damals mit 363 gegen 55 Stimmen — also mit einer überwältigenden Majorität — abgelehnt; aber auch schon diese 55 Stimmen beweisen deutlich, daß der Sozialismus sich eine Bresche geegelt hatte. Nun hat Macdonald auf dem Belfaster Kongreß diesen Antrag wieder eingebracht — und der Antrag wurde mit 187 gegen 97 Stimmen angenommen!

„Eines deutlicheren Beweises dafür, daß die Trades-Unions nunmehr völlig sozialistisch durchseucht sind, bedarf es wohl kaum. Kollektiveigentum, Kontrolle der Produktionsmittel, Arbeiterkandidaten — diese drei Maximen bilden das Alpha und Omega des Sozialismus und schließen jedwede Verständigung auf dem Boden der derzeitigen „bürgerlichen“ Gesellschaftsordnung völlig aus. Die zwei grundlegenden Gedanken der bisherigen Organisation der englischen Gewerkschaften — Freiheit des Arbeitsvertrages und gültige Verständigung zwischen Arbeitgeber und Arbeiter durch Schlichtergerichte usw. — sind durch den zum Beschluß erhobenen Macdonald'schen Antrag ohne Weiteres außer Kraft gesetzt worden, und die Trades-Unions werden uns in der nächsten Zukunft zeigen müssen, was sie an Stelle dieser zwei Prinzipien zu setzen haben bezw. wie sie ihre neuen Prinzipien durchzuführen gedenken.

„Was das Letztere anbelangt, so geht richtigsten zur anatomischen Untersuchung zu überlassen. Der Gerichtshof hatte die Zurechnungsfähigkeit Hobbs' ausgesprochen; die Untersuchung Birchows hätte vielleicht Anhaltspunkte für das Gegenteil ergeben. Obwohl die Anarchisten später feierlich den Hödel als den Jünger feierten (Moff hat in der „Freiheit“ gleich nach 80 angefangen, Hödel und Nobling als „Sozialrevolutionäre“ zu reklamieren), ist dieser doch nicht als ein mit Bewußtsein handelnder Individuum zu betrachten, für den man irgend eine Partei verantwortlich machen kann. Dem Reichstage ging schon neun Tage nach dem Attentat (am 20. Mai) ein Gesetzentwurf zur Abwehr sozialdemokratischer Ausbreitungen zu. Im Namen der sozialdemokratischen Abgeordneten wies bei der Beratung dieses Entwurfs Liebknecht auf die Erbärmlichkeit hin, die dieses Vorhaben einer Partei aufzuwälzen will, die den Nord in jeder Form verurtheilt und die wirtschaftliche und politische Entwicklung als von dem Willen einzelner Personen ganz unabhängig aufsaßt.“ Der Reichstag lehnte den Entwurf mit 243 gegen 60 Stimmen (Konservative und drei nationalliberale Professoren: Decker, Guelst und Treitschke) ab, trotzdem Bismard den Kulturkampf-Minister Fall noch reich entlassen hatte, um das Zentrum für sich zu gewinnen. Aber Bismard brauchte, wie er später selbst gestand, einen neuen, sozialdemokratisch gefärbten Reichstag. Als am 2. Juni Nobling geschossen wurde, wurde der Reichstag am 11. Juni aufgelöst, weil er das Döbelgesetz nicht angenommen hatte. Auch für das Attentat Noblings kann weder die anarchische noch die sozialdemokratische Partei

man wohl nicht fehl, wenn man auf Grund des Geschehenen annimmt, daß die nunmehr sozialistisch gewordenen Trades-Unions denselben Weg beschreiten werden, auf dem sich beispielsweise auch die deutsche Sozialdemokratie befindet.

„Man wird dort vor Allem suchen Einfluß im Parlament zu erlangen, und der Belfaster Kongreß hat auch bereits mit 150 gegen nur 32 Stimmen eine Resolution zu Gunsten der Bildung eines Fonds für unabhängige — das heißt streng sozialistische — Arbeiterkandidaten akzeptirt, die wiederum sich den oben erwähnten Macdonald'schen Forderungen zu unterwerfen haben werden. Das am Schluß des Kongresses neu gewählte „parlamentarische Gewerkschafts-Komitee“ hat denn auch keinen einzigen „unsicheren Kandidaten“ aufzuweisen; es sizen darin vielmehr waschechte Sozialisten: John Wilson, ein entschiedener Gegner des Achtstundentages, mußte Edward Cowin, dem energischen Achtstundenmann, ebenso der konservative John Anderson dem Sozialisten John Burns z. Platz machen.

„Der Achtstundentag hat überhaupt in den Verhandlungen des Kongresses — was übrigens nahezu selbstverständlich ist — eine hochwichtige Rolle gespielt: eine zu dessen Gunsten vorgeschlagene Resolution hat die gewaltige Anzahl von 197 gegen nur 13 Stimmen auf sich vereint. Ebenso hat der Kongreß der „Matfeier“ im Prinzip zugestimmt, und wenn es nach dieser Richtung hin vorerst zu keinem blühenden Beschlusse gekommen ist, so geschah es lediglich deshalb, weil die eine Hälfte der Kongreßmitglieder den ersten Montag für den günstigsten „Feiertag“ hielt, während die andere Hälfte den Sonntag aus — religiösen Gründen für ungeeignet erklärte; ein Ausweg wird sich hierin selbstverständlich leicht finden lassen, nun die Sache im Prinzip beschlossen ist.

„Das sind im Großen und Ganzen die Ergebnisse des diesjährigen Belfaster Kongresses, des ersten sozialistischen Kongresses der einst so ruhmreichen englischen Gewerkschaften! Von nun an werden aus einer weit über eine Million englischer, relativ gut situirter „gelernter Arbeiter“ — auf dem Belfaster Kongreß waren 900,000 Trades-Unionisten vertreten — lauter „Proletarier“ werden mit dem bekannten Motto: „Möglichst wenig Arbeit, möglichst viel Lohn und Stanball“ Alles Das, was die Trades-Unions zu großen nutzbringenden Institutionen gemacht hatte, soll jetzt bekämpft werden;

verantwortlich gemacht werden. Noch kurz vorher hatte er in nationalliberalen Versammlungen zu Dresden die Sozialdemokratie bekämpft. Da er sich bei seiner Verhaftung durch einen Schuß in den Kopf schwer verwundet hatte, blieb er bis zu seinem am 10. September 1878 erfolgten Tode meist besinnungslos, so daß selbst ein der am schamlosesten bei der Sozialistenhege beteiligten Blätter, der Berliner „Vorwärts“, zugestehen mußte: „Nichts ist ermittelt worden und über nichts hat man Auskunft erlangen können. — Seine Ermittlungen hatten nichts Anderes ergeben als das Eine: daß ein Mensch, voller Stille, bestrebt, eine That zu thun, die ihn unerbittlich machen soll, gewillt, die Welt aus ihren Fugen zu heben durch ein Verbrechen, in der Idee, dieselbe Welt, die er in Verwirrung und Bestürzung setzt, zu beglücken.“ — daß dieser eine Mensch die That allein, ohne Mitwissen Anderer, ohne Mitschuldige, ohne Komplottanten geplant und ausgeführt hat.“ — Gleich nach dem Nobling'schen Attentat ging die verstärkte Sozialistenhege los, zu der eine Depesche des von Bismard beeinflussten Wolff'schen Telegraphenbureaus das Signal gab, indem es in alle Welt hinauslog: Nobling habe in der ersten mit ihm angefaßten Vernehmung zugegeben, Sozialdemokrat zu sein und Mitschuldige zu haben.“ Diese Angaben waren von A. bis J. erfunden. In der letzten Zeit hat sich allerdings herausgestellt, wie der sozialdemokratische Abgeordnete Schippel in der Reichstagsabgeordnetes Schippel in der Reichstagsabgeordnetes Schippel in der Reichstagsabgeordnetes Schippel bei einer Partei windehens nachträglich Verächter seiner That gefunden hat und es dies-

Anarchismus, seine Theorien und Geschichte. (Fortsetzung.)

In Frankreich besaß der Anarchismus bald weniger Anhänger als Bodschel, doch verfügte er über zwei Journale: „Le Révolte“ (später Le Révolte) u. „Ca ira“ („So wird es gehen“; Schluß eines alten Revolutionäres). In Deutschland war der A. seit den fünfziger Jahren nicht einmal theoretisch erörtert worden; erst 1872 tauchte wieder ein Proudhonist auf, Dr. J. Mühlberger*), der im „Volksstaat“, dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei, Artikel, die anfangs anonym erschienen, über die Wohnungsfrage veröffentlichte, die von Fr. Engels als proudhonistische Kleinbürgererei widerlegt wurden. (Wie Proudhon die Wohnungsfrage löst. Im Separatabdruck erschienen als Heft 13 der Sozialdemokratischen Bibliothek, Göttingen-Büch, 1887, unter dem Titel: „Zur Wohnungsfrage“. Von Friedrich Engels.) Mühlberger's Auftreten blieb ohne jeden weiteren Einfluß. Gegen das Jahr 1877 traten in Leipzig der Schriftsteller Werner (später Reballeur am Révolte in Paris) u. unter dem Namen Bernstein der Schriftsteller August Meindorf aus Pagan bei Leipzig auf u. warfen in holligen Arbeiter-versammlungen mit anarchischen Redensarten um sich. Die Sozialdemokratie trat

diesem anarchischen Spuk so energisch entgegen, daß derselbe nur wenig Anhalt unter den dortigen Arbeitern anrichten konnte. Dies wurde aber sehr erschwert und zeitweise zur Unmöglichkeit gemacht nach den Attentaten auf Kaiser Wilhelm I. Als der 23jährige Klempnergehilfe Max Beckmann, geb. Hödel, gen. Traber, am 11. Mai 1878 und der dreißigjährige Dr. Karl Nobling am 2. Juni 1878 ihre Schüsse abgefeuert hatten, war für Bismard die erste Gelegenheit gekommen, die Sozialistenhege zu beginnen. Gleich nach Hödel's Verhaftung telegraphirte Bismard von Friedrichsruh an das preussische Ministerium des Innern: „Ausnahmegesetze gegen die Sozialdemokratie.“ Dabei war Hödel nichts als ein geistig gerüttelter Trottel, keineswegs ein ernst zu nehmender Politiker. Außerdem stand fest, daß Hödel am 5. April 1878 wegen Unterschlagung von Abonnementgeldern als Kollporteur der sozialdemokratischen Zeitung „Fackel“ in Leipzig öffentlich gebrandmarkt und am 9. Mai von Seiten des sozialistischen Zentralkomitees in Leipzig definitiv aus der sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen worden war; ebenso wurde sofort bekannt, daß Hödel am 29. April 1878 sich hatte als Mitglied der Stöcker'schen christlich-sozialen Arbeiterpartei aufnehmen lassen und im Verhör sich als einen „Anarchisten von reinstem Wasser“ ausgab. Hödel wurde hingerichtet, obwohl in dem Urtheil des Staatsgerichtshofes angegeben wird, daß Hödel als ein „geistig wie körperlich zerrütteter Mensch“ zu betrachten sei. Man verzerrte sich auch, nach Hödel's Einrichtung dem Gesuche des Prof. Birchow zu entsprechen, ihm den Kopf des Stüger-

*) Arthur Mühlberger, geb. 1847, seit 1878 praktischer Arzt, später Oberamtsarzt in Graßheim, gab 1893 Proudhon's Werke heraus und veröffentlichte mehrere proudhonistische Schriften.

auch hier kommt die dem Menschen inwohnende Schwäche zum Vorschein, den Akt abzulegen, auf dem er sitzt, das Gute aufzugeben, um dem Besseren — — erfolglos nachzujagen . . . Der Befaster Kongress ist ein unabwiderlicher Schandfleck auf dem Erbes-Unionismus, und am meisten zu bedauern sind die Arbeiter selbst, die jetzt den sicheren Hafen verlassen haben, um, von gewissenlosen Steuermännern dazu verlockt, auf dem uferlosen Meere des Sozialismus umherzutreiben, bis die Wellen die Verlorenen und die Betrüger verschlingen."

Dieses das Urtheil des kapitalistischen „Südb. Vant- und Handels-Blatt“. Es trifft in der Hauptsache das Richtige: sowohl, die englischen Gewerkschaften sind beim Sozialismus angekommen, nachdem sie lange genug zum Theil dem Kapitalismus politische Heerfolge leisteten. Die Ausfälle und hässlichen Bemerkungen des Blattes auf die Trades-Union und den Sozialismus sollen uns hier nicht beschäftigen. Es kam uns nur darauf an, aus gegnerischen Kreisen selbst eine Antwort auf die Frage: „Sind die Trades-Union sozialdemokratisch?“ zu bringen.

Die Schweizerische Fabrik-Inspektion.

(Schluß.)

Von ganz besonderem Interesse sind die Partien der Berichte, welche die Inspektion und die behördliche Ueberwachung der Durchführung des Fabrikgesetzes selbst betreffen. So wird im Schuler'schen Berichte hervorgehoben, daß seitens der Unternehmer immer mehr der Versuch gemacht wird, durch Ausnutzung aller Hilfsmittel den Geschäftsgewinn zu steigern, daß man allgemein das Gefühl hat, daß nur dies Zusammenrassen aller Kräfte die Industrie in der Höhe zu halten vermöge und daß gerade dieses Streben nach äußerster Ausnutzung die höchste Aufmerksamkeit der Behörden geboten erscheinen läßt, damit dieselbe nie in eine ungehörliche Ausbeutung der menschlichen Arbeitskräfte ausarte; es erhöht ihre Verpflichtung, genau darauf zu achten, daß das Fabrikgesetz in genügender Ausdehnung angewendet werde. Dr. Schuler erwähnt dann mehrere Gewerbe, welche dem Fabrikgesetz neu unterstellt werden sollten und indem er andererseits auf die mittelst längst abgethaner und nun wieder aufgefrischter Kräfte gemachten Versuche hinweist, sich dem Gesetze zu entziehen, fährt er fort: „Es ist klar, daß ange-

sichts solcher Bestrebungen die Intensität der Aufsicht nicht nachlassen darf. Es ist auch in der That das Umgekehrte geschehen. Es wurden in den zwei letzten Jahren im ersten Kreis 3920 Inspektionen (bei 1854 Stablflements mit 78,317 Arbeitern), worunter eine Anzahl Nachts ausgeführt. Eine erhebliche Anzahl Fabriken wurde jährlich zwei- und mehrere Male besucht, unbesucht blieben nur einige wenige in den letzten Monaten unterstellt. Nebenher gingen eine Menge Besuche durch die kantonalen Beamten für Fabriken in Zürich und St. Gallen sowie durch Polizeibedienten. Wohl ist in manchen Stablflements die Inspektion zur reinen Formsache geworden, da sich stets Alles in Ordnung findet, aber an unzähligen Orten gewinnt man den Eindruck, daß man bald zum alten Zustand vor dem Fabrikgesetz zurückkehren würde, wenn nicht eine stete Kontrolle geübt würde. Ja selbst da, wo der Prinzipal am Gesetz festhalten möchte, würde gar zu oft das Aufsichtspersonal oder die Arbeiterschaft andere Wünsche hegen. Eine allzu oft wiederholte Inspektion würde aber, wie wir schon wahrnehmen konnten, ermüdend wirken, Gleichgültigkeit erwecken und die Auffassung der Inspektionen als unnütze, bürokratische Plackerei mächtig fördern.“ — Das sind durchschlagende Gründe für eine regelmäßige, allerdings nicht allzu häufige Revision der aufsichtspflichtigen Betriebe und sie widerlegen auch gleichzeitig jene ausländischen Fabrikinspektoren, wie z. B. den babischen, welche nicht einmal die jährliche Inspektion für nöthig erachten.

Die Schweizerische Fabrikinspektion steht an der Spitze der Fabrikinspektionen sowohl in der wie intensiver Revisions-thätigkeit und dennoch ist man auch mit ihr nicht in allen Kreisen zufrieden, wennschon die bezüglichen Wünsche um Vermehrung der Fabrikinspektion eigentlich an die Adresse der höheren Behörden gerichtet sind und kein Vorwurf für die funktionierenden Aufsichtsbeamten sein soll. Dem damit verbundenen weiteren Vorwurf, daß die Eidgenossenschaft weit mangelhafter als verschiedene andere Staaten für genügende Inspektionspersonal gesorgt habe, weist Schuler in wirklich gelungener Weise zurück. „Man führt mit Vorliebe Sachsen an“, heißt es im Berichte, „dessen Inspektorat, wie das preussische auch, zugleich die Mehrzahl der vorhandenen Dampfkessel zu untersuchen hat. Soll eine Vergleichung

angestellt werden, so muß bei uns auch das Personal des Vereins schweizerischer Dampfkesselbesitzer, das fast überall die Stelle amtlicher Funktionäre vertritt, mit in Rechnung gebracht werden. Es ergeben sich dann in Sachsen für 13706 Stablflements mit 871,541 Arbeitern und 7483 Kesseln 24 Beamte, in der Schweiz für 4768 Stablflements mit 190,400 Arbeitern und 3155 Kesseln 19 Beamte und daß das Resultat sich nicht nur scheinbar günstiger für uns stellt, ergibt sich aus der That, daß in Sachsen jährlich nicht einmal die Hälfte aller Betriebe besucht wird und bei uns die Zahl der Inspektionen größer ist als die der Fabriken. Dieses Verhältnis trifft auch speziell für den ersten Kreis zu. Aber Zürich und St. Gallen haben zudem kantonale Aufsichtsbeamte, welche immer häufiger Inspektionen vornehmen. Die Stadt Zürich hat zwei Polizeibeamte ganz besonders dem Dienst der Fabrikpolizei gewidmet. Endlich geben sich mehrere Kantone große Mühe, für die Fabrikaufsicht, namentlich für spezielle Aufträge, recht tüchtige Leute heranzuführen, welche in der That ganz vorzügliche, mit kleinem technischem Verständnis abgefaßte Rapporte geliefert haben. St. Gallen läßt durchweg, Zürich wenigstens an einzelnen Orten, die Polizeibeamten von Zeit zu Zeit die Fabriken besuchen und die Führung der vorgeschriebenen Listen überwachen, in welche sie ihr Verdict einzutragen haben. In Zürich ist eine spezielle Nachschau in denjenigen Stablflements zugesagt, die wegen zeitweiser Ueberfüllung der Arbeitskränne und Vernachlässigung jeglicher Ventilation vorgemerkt habe. Dasselbe ist auch für Betriebe verschiedener Art vorgesehen, welche sich durch ungewöhnliche Häufigkeit der Gesetzesübertretungen auszeichnen. Dahin gehören vor Allem die kleinen Blegeleien mit ihrer Verwennung zu junger Knaben, der Nachtarbeit Minderjähriger, der übermäßig langen Arbeitszeit sowohl der gewöhnlichen Arbeiter als besonders der Brenner. Eine solche fleißige polizeiliche, mit Erstattung unablässiger Rapporte verbundene Nachschau, ist wohl das einzige Mittel, den steten Gesetzesverletzungen und der abscheulichen Ueberanstrengung des Personals in manchen Stablflements abzuhelfen.

Sehr dankenswerth ist die Unterstützung, welche die kantonalen Regierungen dem Inspektor bei Durchführung der auf Arbeiterschutz abzielenden Postulate gewähren, indem sie ihn der Noth-

wendigkeit eigener Nachschau nach Ablauf der angelegten Frist dadurch entheben, daß sie mit derselben geeignete Beamte beauftragen, die über die Ausführung ihren Bericht erstatten.“

Ebenso wird der Mitwirkung der in den Kantonen St. Gallen und Zürich bestehenden örtlichen Gesundheitskommissionen in anerkannter Weise gedacht. Dagegen erfährt die Pflichtvergessenheit jener Beamten scharfe Kritik, welche die Untersuchung in Unfallsachen vernachlässigen und dadurch den Verletzten oft bedeutende Nachtheile zufügen. Schuler wirft die Frage auf, ob Artikel 19 des Fabrikgesetzes („Zwischenhandlungen gegen die Bestimmungen dieses Gesetzes oder gegen die schriftlich zu ertheilenden Anweisungen der zuständigen Aufsichtsbehörden sind, abgesehen von den zivilrechtlichen Folgen, mit Bußen von 5 bis 500 Franken durch die Gerichte zu belegen. Im Wiederholungsfalle darf das Gericht außer angemessener Selbstbuße auch Gefängniß bis auf 3 Monate verhängen“) sich nur auf Gesetzesverletzungen durch Prinzipale oder Arbeiter bezieht und nicht ebensowohl auch die demselben zuwiderhandelnden Beamten, deren gerichtliche Bestrafung demgemäß möglich wäre. Es soll der nächste geeignete Anlaß benützt werden, um eine Entscheidung darüber herbeizuführen.

Scharfe Kritik erfährt auch die geradezu parteiliche Milde, mit der Gesetzesübertretungen bestraft werden. In einem einzigen Falle, der sich im dritten Kreise ereignete, wurde ein Zündholzfabrikant wegen verschiedener und wiederholter Uebertretungen zu 2 Monaten Korrektionshaus resp. 80 Tagen Einzelhaft verurtheilt. Die Bußensfälle betragen in der zweijährigen Periode 303, die gesammte Bußensumme 7111 Frsch. Wie geringfügig diese Bußen sind, wollen wir an einem Vergleiche zeigen mit den Fabrikbußen, welche allein im dritten Kreise den Arbeitern seitens der Fabrikanten wegen Verletzung der Fabrikordnung auferlegt wurden. Diese Fabrikbußen betragen nicht weniger als 17,182 Frsch. Durchschnittlich hatte jeder Fabrikarbeiter pro Jahr 57 Rappen Buße zu bezahlen. Die Bußenselder der Arbeiter betragen mehr als noch einmal so viel wie die Strafen der Unternehmer wegen Gesetzesübertretung.

Zu der milden Bührung der Gesetzesverletzungen seitens der Unternehmer bemerkt Dr. Schuler: „Die Zahl der Verurtheilungen hat seit der letzten Verichts-

leicht doch wohl übertriebene wirtschaftspolitische Gründe waren, die ihn zu seinem Attentat veranlassen, aber nicht im Interesse der Arbeiter, nicht als Sozialist oder Anarchist, sondern im Interesse der Großgrundbesitzer, die nach Schutzgeldern für Getreide verlangten, während Bismarck damals noch Freihändler war. 1891, nach Abschluß des von den Agrariern bekämpften österreichischen Handelsvertrages brachte die „Deutsche Landwirtschafts-Zeitung“, die jetzt das Publikationsorgan des Kongresses deutscher Landwirthe, der Steuer- u. Wirtschaftsreformer, der deutschen Landwirtschaftspartei, sowie des Bundes der Landwirthe“ (S. 62) ist, eine ältere wissenschaftliche Arbeit aus dem Jahre 1876, der sie nachrühmt, diese Arbeit habe die damaligen Schäden des wirtschaftlichen Lebens auf das Genueste erkannt, die Wurzel der damaligen agrarischen Noth aufgedeckt. Er ist zum Schluß nannte die „Dtsch. Ldw. Ztg.“ den Namen des Verfassers: Dr. Karl Rodling und fügt hinzu: „Hätte man dem jungen Mann das Wörtchen Schutzpolitik in die Ohren flüsteren können, so wäre er vielleicht auf andere Gedanken gekommen! So aber gab er auf anderen vorübergehenden alten kaiserlichen Herrn einen Schutzschuß ab, verwundete dann noch den einbringenden Besitzer eines gegenüberliegenden Hotels und schob sich schließlich selbst eine Revolverkugel in den Kopf.“ — Franz Bismarck, selbst ein geborener Landwirth, fand das erlösende Wort. Mit der ganzen Energie seines Willens und mit der vollen Macht seiner gewaltigen Persönlichkeit trat er für Volksgut ein.“ Die Sozialisten, die nun nach Annahme des zweiten Ausnahm-

reicht durch den neuen Reichstag (am 19. Oktober 1878 mit 221 gegen 149 Mein) losging, ebnete der anarchischen Propaganda den Boden. Sie, die nicht öffentlich, sondern nur heimlich agierten, die nicht die Waffen, sondern „revolutionäre“ Einzelne gewinnen wollten, wurde durch das Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 nicht so empfindlich geschädigt wie die durch offene Massenagitation wirkende Sozialdemokratie, während gleichzeitig die brutale Anwendung der staatlichen Gewalt auch im Volk wieder die Anschauung kräftigte, daß gegen Sabel und Bajonett das Dynamit die gerechte Gegenwehr sei. So entstand denn in Deutschland wie im Ausland eine etwas lebhaftere anarchische Bewegung, besonders durch Johann Most*).

*) Johann Most, geb. 1846 in Augsburg, ward Buchhändler, büchsig als Handwerksbursche Deutschland, Oesterreich, Italien und die Schweiz, schloß sich in Wien der sozialdemokratischen Bewegung an, wurde mit Andreas Scheu und Gen. in den ersten Wiener Hochverratsprozess verwickelt und verurtheilt, dann amnestirt und ausgewiesen; kam 1871 wieder nach Deutschland und schloß sich der Eisenacher Richtung an, wurde erst in Chemnitz, dann in Berlin Redakteur des sozialdemokratischen Parteiblattes „Freie Presse“, 1874 und 77 als Reichstagsabgeordneter für Chemnitz gewählt. Er verfaßte viele Broschüren und war ein beredter Agitator. In Oesterreich wie in Deutschland war er mehrfach zu Gefängnißstrafen, insgesammt zu 4 1/2 Jahren, verurtheilt. Ueber seinen weiteren Lebenslauf siehe oben.

Dieser, bis dahin sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, wurde 1878 nicht wieder gewählt. Aus seinem Wohnort Berlin ausgewiesen, begab er sich nach London und stellte dort die Forderung auf: Die Sozialdemokratie solle, da sie von der gesetzlichen Agitation für ihre Prinzipien ausgeschlossen sei, jeder Theilnahme am politischen Leben entsagen, sich nicht an den Wahlen betheiligen und alle ihre Kräfte nur auf die Vorbereitung zur Revolution konzentriren. Most ließ in London die „Freiheit“ erscheinen, erst als sozialrevolutionäres Organ; später entpuppte es sich als anarchisches und bekämpfte die Sozialdemokratie. Die sozialdemokratische Partei gab am 28. September 1879 in Zürich den „Sozialdemokrat“ heraus, indem sie gegenüber dem Anarchismus erklärte: „Nach wie vor aber, oder besser, mehr denn je werden wir uns jetzt, wo in Folge des fast bis zur Unerträglichkeit gesteigerten Druckes der Reaktion die Verfolgung stärker als sonst herantritt, die allerdings langwierige und beschwerliche Arbeit der successiven Aufklärung und Organisation der Massen und dadurch der allmählichen Erschütterung der Grundlagen der heutigen widerständigen und ungerechten Gesellschafts- und Staatsordnung durch kluge Ausnutzung jeder, auch der kleinster Chance, ermüdet sinken zu lassen und sich der scheinbar eher zum Ziele führenden, in Wahrheit aber tödtlichen und verderblichen Revolutionen- und Putschmacherei in die Arme zu werfen, auf's Energischste gegen diese wenden. Most glaubt auch wir, daß die von uns angestrebte radikale Umgestaltung der Gesellschaft nicht allein und in aller Gemüthsruhe von den Antihistorikern und Parle-

mentarströmungen bekämpft werden wird. Allein diese Ueberzeugung ist himmelweit verschieden von einem „Machen“ von Revolutionen oder richtiger von Putschen; denn Revolutionen entstehen wohl, können aber nicht „gemacht“ werden.“ Mit dieser Erklärung war die Scheidelinie gegenüber der von London aus gepredigten Gewalttheorie genau gezogen, zugleich aber auch das Verhalten für die sozialdemokratische Partei in Deutschland vorgezeichnet. Der Kongress auf Schloß Wyden (20.-23. Aug. 1880), der erste der sozialdemokratischen Partei nach Erlaß des Ausnahmgesetzes, zeigte, daß die Hoffnungen der Gegner auf eine Zerspaltung der Partei sich nicht erfüllten. Auch das Auftreten Bisselmanns*), der 1878 wieder als sozialdemokratischer Abgeordneter für Elberfeld-Barunen gewählt war und sich in Schimpfereien gegen seine Fraktionsgenossen und die Parteileitung erging, schädigte die sozialdemokratische Partei nicht. Most war, obwohl er vorher präherisch erklärt hatte, daß das Wort der deutschen Genossen auf seiner Seite stehe und sich dies auf dem Kongress zeigen werde, auf demselben nicht erschienen. Hoffmann aber war, nachdem er sich überzeugt hatte, daß seine Spaltungsversuche keinen Anhang fanden, plöthlich nach Amerika ausgewandert. (Fortsetzung folgt.)

*) Wilhelm Bisselmann, geb. 1844 in Bremen, studierte Chemie, ward 1874 und 1878 von Elberfeld-Barunen zum Reichstagsabgeordneten gewählt, lebt jetzt in Amerika.

periode abgenommen. Damals waren es 181 Fälle, heute sind es nur 97. Auch die Strenge der Bestrafung hat, soweit dies aus vorliegenden Zahlen zu entnehmen ist, ebenfalls abgenommen. Doch nicht in allen Kantonen. In St. Gallen, wo früher die so gewöhnliche Anwendung des Bußensminimums das Gesetz zum Kinderspielt zu machen drohte, ist der durchschnittliche Betrag einer Buße samt Kosten von 24,40 Frs. auf 61,25 Frs. gestiegen, während Glarus, wo früher die Mehrzahl der Bußenbeträge über 50 Fr. und mehr sich bewegte, mit viel beschwerlicheren Strafen sich begnügt und in Zürich der durchschnittliche Bußenbetrag von 27,20 Fr. blieb. Allerdings ist dabei zu bemerken, daß hier eine unverhältnismäßig große Zahl kleinerer Uebertretungen in kleinen und kleinsten Geschäften die Bußensumme bedingte. Aber doch hat man noch allzusehr den Eindruck, daß namentlich in ländlichen Bezirken den Uebertretungen der Fabrikgesetze eine viel zu geringe Bedeutung beigemessen wird, ja daß sie fast mit Widerwillen bestraft werden und daß man viel eifriger die üble Behandlung der Tiere ahndet als die übermäßige Ausnutzung der Menschen, die Gefährdung ihrer Gesundheit. Was soll man dazu sagen, wenn für das Anspannen eines Hundes genau die gleiche Buße ausgesprochen wird, wie von einem St. Gallischen Bezirksgericht für die wiederholte Verwendung von allzu jungen Kindern? Wenn Hühner in einen zu kleinen Korb, Kühe in einen zu engen Stall gesperrt werden, besinnen sich Gerichte nicht, 20 bis 30 Fr. Buße zu verhängen, aber was müßte Alles geschehen, bis ein Geschäft bestraft würde, das eine Schaar Mädchen in Räumen beschäftigt, wo sie nicht einmal 4,3 m Luftraum per Kopf haben! Ganz bedauerlich ist auch, daß so viele Gerichte so wenig die Größe der Uebertretung, ihre Dauer, das Betheiligte einer größeren oder kleineren Anzahl Personen in's Auge fassen, sich wenig darum kümmern, ob eine ganze Reihe oder nur einzelne Gesetzesparagrafen verletzt seien, ob dies einmal oder wiederholt geschehen. Und doch kann in letzterem Fall auf eine abschließliche, in ersterem auf eine nur durch Anachronismus entstandene Uebertretung geschlossen werden. Die öffentlichen Blätter haben einen Fall aus Glarus besprochen, wo der Vertreter einer sehr großen Firma zugab, daß sie Monate lang heute Federzeit arbeiten ließ, aber keine Bewilligung nachsuchte, "da ihr die Verzögerung Tausende geschadet hätte." Diesen Tausenden von Gewinnst gegenüber sprach das Gericht 25 Fr. Buße aus. (1) Und eine solche Buße sollte den Zweck erfüllen, den Straffälligen von der Wiederholung seiner Uebertretung abzuschrecken? Sollte sie nicht das Gefühl erwecken, daß man nur recht umfangreich das Gesetz verletzen müsse, um die Uebertretung trotz Buße recht rentabel zu machen? — Solche Urtheile zeigen, daß sich die Klassenjustiz nicht nur im Justizmord an Sozialdemokraten äußert — siehe Wafflied in Bern —, sondern auch in rückwärtslosster Schonung der kapitalistischen Gesetzesverächter.

Im Uebrigen sind die Worte zutreffend, welche Schuler bezüglich der Ueberwachung der Arbeiterschutzgesetze sagt. Er bezeichnet es nämlich als selbstverständlich, daß ein genügender Gesetzesvollzug nie, auch bei den strengsten Strafen und von den pflichttreuesten und eifrigsten Beamten und trotz reichlichster Vermehrung ihrer Zahl, nicht erreicht werden kann, wenn die Arbeiter nicht selbst dazu mitwirken. Jedem Andern entgegen zahllose Dinge, die nur bei steter Betheiligung am Betriebe wahrgenommen werden können — woraus folgt, daß die Arbeiter in allen Industrieorten Ueberwachungskommissionen bestellen sollten.

Der Fortschritt der Industrie und die Arbeiter.

Dieser Thatsachen in einer Woche:

1. Aus Sierlohn, 24. Mai, wird gemeldet: Die Firma S. Schläper Sohn, Kettenfabrik in der Grüne, erläßt an ihre zahlreichen Kettenmeister einen offenen Brief. In diesem Briefe wird auf den durch die Zoll- und andere Verhältnisse längst offenkundigen Rückgang der Kettenmeistererei hingewiesen und den meist in der Hausindustrie beschäftigten Arbeitern gerathen, "sich nach anderem Erwerbsswege jetzt bereits umzuwenden". Es wird u. A. darauf hingewiesen, daß eine neue amerikanische Maschine erfunden worden sei, welche Fußketten aus Stahlbraut besser als mittels Handschweißung herstelle und das Dreißigfache der Handarbeit leiste. Das bedeute einfach den Nutzen der Kettenmeistererei. Inbezug habe genannte Firma die Maschine angekauft, stehele nach Weihenfels über und sei in der Lage, ihren bisherigen Arbeitern, sofern diese mit übersiedeln wollen — die Kosten des Umzugs werden vergütet, — Löhne der Arbeit weiter zu geben. Die Sierlohn Fabrik soll so lange als möglich bestehen bleiben, inbezug sei das Eingehen der Fußkettenmeistererei nur eine Frage der Zeit.

2. In Blauen hat dieser Tage eine Züricher Maschinenfabrik eine verbesserte Fädelmaschine ausgestellt. Die Verbesserungen bestehen in einer stabileren Bauart, die jede Störung, bezw. Reparaturbedürfnis ausschließt, so daß selbst ein Kind die Maschine bedienen kann. Dann sind Vorrichtungen an der neuen Maschine vorhanden, welche es ermöglichen, sowohl die größten als die feinsten Garne, namentlich auch gefärbte Garne und Seide, zu fädeln. Die Leistungsfähigkeit der Maschine ist eine sehr große geworden, so daß eine einzige Fädelmaschine für eine größere Anzahl Handstickmaschinen ausreicht, wodurch dem "Mangel an Fädelinnen" begegnet werden kann. In der Schweiz soll diese Maschine schon in über 300 Exemplaren, namentlich bei Einzelstickern, Absatz gefunden haben. Von einem "Mangel an Fädelinnen" hatte man bis jetzt nichts gehört, weder in der Schweiz noch in Sachsen oder sonstwo. Wir sind überzeugt, daß sich, wenn Beschäftigung für eine Fädelin angeboten wird, sich ihrer Duzende, wenn nicht Hunderte melden. Die "Fädelmaschine" macht sie überflüssig, ebenso wie die Kettenweidmaschine die Kettenmeistererei. Was werden beide Klassen von Arbeitern thun? Einige Fädelinnen, einige Kettenmeister werden sich, überzeugt von ihrer "Ueberflüssigkeit", aus der Welt befördern, das ist aber nur eine kleine Minderheit Verzweifelter. Die große Mehrheit bleibt — und vermehrt die industrielle Reservearmee, vermehrt das Angebot von Händen in allen anderen Industriezweigen, vernebelt die Kräfte der Sozialdemokratie. Handeln wir da, wenn wir Verkürzung der Arbeitszeit verlangen, um die ohne ihre Schuld Arbeitslosen zu beschäftigen, im Interesse einer Partei oder nicht vielmehr im allgemeinen menschlichen und sogar in dem der bürgerlichen Gesellschaft?

3. Wie die Thüringer Blätter berichten, dürfte eine neue Erfindung von C. Schläpfer in Zella St. Bl., bestehend in einem Verfahren zum Pressen von verschobenen Gegenständen mit Verzerrungen zc. in dazu geeigneter Porzellanmasse, einen großen Umschwung in der Porzellanwarenfabrikation hervorrufen. Bisher wurde die Herstellung der Porzellanwaren nur mit der Hand bewirkt, was natürlich ziemlich unökonomisch war.

4. Aus Birmaus wird gemeldet, daß ein Südamerikaner eine neue Zwickmaschine für die Schuhindustrie erfunden hat, welche flussachen Zwick vollständig erledigt.

Ein Gesekentwurf betreffend die Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit

ist im Amtsblatt für den Kanton St. Gallen veröffentlicht worden. In einer denselben einleitenden Botschaft der Regierung wird auf das Bedürfnis eines solchen Gesetzes hingewiesen. Die mangelhafte Geschäftslage hat die Gemeinden St. Gallen, Straubenzell und Tablat bereits im letzten Jahre veranlaßt, die Frage der Arbeitslosenversicherung ernstlich zu prüfen. Der Anregung dieser Gemeinden ist es auch zu danken, daß der Große Rath in der Sitzung vom 24. November dem Regierungsrathe den Auftrag ertheilte, die Frage zu prüfen, ob nicht durch gesetzliche Maßregeln den Gemeinden das Recht eingeräumt werden könne, die zwangswise Versicherung gegen die unverschuldeten Arbeitslosigkeit einzuführen. Die Botschaft bezeichnet die Arbeitslosenversicherung als wünschenswerth, weil die Arbeitslosigkeit dem einzelnen Bürger sowohl, wie dem ganzen Gemeinwesen schweren Schaden bringt. Die Arbeitslosenversicherung ist geeignet, dem größten Elend, dem moralischen Verderben Einhalt zu gebieten. Der arbeitslose Bürger ist nicht mehr gezwungen, um Almosen zu bitten; er weiß, daß er wohlverworbene Rechte auf Unterstützung besitzt; ein Muth, der das moralische Selbstbewußtsein des Arbeiters stärkt und ihn vor manchen schweren, erntedringenden Schritten bewahrt. Dem Verfasser des Gesekentwurfs haben gesetzliche Vorbilder aus anderen Kantonen gemangelt; die spärlichen Resultate der Versuche, die man auf diesem Gebiete sozialpolitischer Thätigkeit bereits machte, legte den Gedanken nahe, in das Gesetz nur die Hauptgrundsätze aufzunehmen, und alle Einzelbestimmungen in die Gemeindegemeinschaft, die im Entwurfe vorgesehen sind, zu verweisen.

Nachstehend die Hauptbestimmungen des neuen Gesetzes. In Art. 1 wird den politischen Gemeinden das Recht eingeräumt, durch Beschluß der Bürgerversammlung die zwangswise Versicherung gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit auf bestimmte oder unbestimmte Zeit einzuführen. Den Gemeinden steht es frei, sich mit anderen Gemeinden zu einem Versicherungskreis zu vereinigen. Die Leitung und die Aufsicht der Kasse ist Sache des Gemeinderaths. Bei der Vereinigung mehrerer Gemeinden zu einem Versicherungskreis haben sich die Gemeinderäthe über ihre Mitwirkung bei der Verwaltung der Kasse zu verständigen. In der Verwaltungskommission, die mindestens aus fünf Mitgliedern zu bestehen hat, muß den Versicherer eine angemessene Vertretung eingeräumt werden. Versicherungspflichtig ist jeder männliche Kohuarbeiter, dessen Tagesverdienst 5 Frs. = 4 M nicht übersteigt. Mündige Personen, die mehr als 5 Frs. täglich verdienen, können dem Versicherungskreis freiwillig mit den gleichen Rechten und Pflichten beitreten.

Personen, welche einem freiwilligen Versicherungsverbande angehören, der mindestens eine gleich hohe Unterstützung gewährt, können vom Beitritt in den Verband entbunden werden. Es bleibt den Statuten eines Versicherungskreisverbandes vorbehalten, nach Bedürfnis den weiblichen Personen den Beitritt zu dem Verbande zu gestatten oder für sie den Beitritt obligatorisch zu erklären. Die wöchentlichen Beiträge eines Mitgliedes dürfen 30 Cents = 25 S nicht übersteigen. Die Unterstützung tritt ein, wenn ein Mitglied ohne eigenes Verschulden arbeitslos geworden ist und ihm keine feiner Beruf oder seinen Kräften angemessene Arbeit angewiesen werden kann. Unterstützungsrechtlich wird ein Mitglied erst dann, wenn es mindestens sechs Monate ununterbrochen die Beiträge bezahlt; für die Auslandereise kann eine längere Frist bestimmt werden. Die Unterstützung beträgt täglich, und zwar für das gleiche Mitglied per Jahr für die Dauer von längstens 60 Tagen einen Franken. Eine Arbeitslosigkeit unter fünf Tagen berechtigt zu keinen Geldbezügen. Mit jeder Versicherungskaße ist wenigstens ein Arbeitsnachweisdureau zu errichten. Die Verwaltungskosten sind von der Polizeikasse zu tragen. Die Kasse wird gebildet durch die Beiträge der Mitglieder, durch freiwillige Beiträge, Geschenke und Vermächtnisse, durch Zuschüsse der politischen Gemeinden, welche jedoch in der Regel nicht mehr als 2 Frs. jährlich für jedes Mitglied betragen sollen, die Verwaltungskosten nicht mitgerechnet, und endlich durch Beiträge des Kantons und des Bundes. Der Staat kann unter gewissen Vorbehalten auch freiwilligen Verbänden Subventionen verabsorgen. Die Statuten der obligatorischen Versicherungsverbände unterliegen der Genehmigung des Regierungsrathes. Das Gesetz enthält am Schluß ziemlich scharfe Strafbestimmungen gegen rückständige Versicherungspflichtige und betrügerische Handlungen der Mitglieder.

Korrespondenzen.

Formex.

Thyas. Achtung Formex! Die Kollegen in ganz Deutschland müßten wir hiermit von dem Thun und Treiben des Formers Leopold Karaban aus Bemberg unterrichten. Derselbe trat vor ca. 6 Wochen hier in Arbeit. Als die hier arbeitenden Formex erfuhren, daß dieser Karaban Streikbrecher sei, war es ja selbstverständlich, daß mit ihm Keiner was zu thun haben wollte. Ein unverheirateter Kollege, welcher erst kurze Zeit hier arbeitete, ließ sich hinreißen, dem Karaban die schlagendsten Beweise wegen seines unkollegialen Verhaltens während des Hamburger Formersstreiks darzubringen. Karaban hatte darauf nichts Giltigeres zu thun, als sofort nach dem Komptoir zu gehen und dem Fabrikanten Alles zu erzählen. Der Fabrikbesitzer ließ sogleich das alleinigmachende Hilfsmittel des Unternehmertums, die Polizei holen. Der Kollege wurde darauf sofort in Untersuchungshaft abgeführt. Karaban arbeitete noch bis den darauf folgenden Sonnabend weiter und hörte dann auf. Zwei Tage später traf auf dem Komptoir der Fabrik von Karaban ein Brief ein, welcher verschiedene, hier schon Jahre lang arbeitende Kollegen auf das Schönlichste anschwärzte. So z. B. hieß es in dem Brief, daß ein gewisser Formex (der Name ist ebenfalls genannt) ein Loch durch die Mauer gemacht, verglaste Lochplatten gegossen und sie durch dieses Loch hätte verschwinden lassen. Wichtig von dem Allen ist nur, daß sich in der Mauer ein Loch befindet, durch welches wir manchmal ein Fräulein hier hindurch schmuggeln. Von dem Uebrigen, der Entwendung von Guß, ist aber auch nicht einem einzigen Formex etwas bekannt. Hieraus können die Kollegen sehen, wie ein wahrheitsliebender Kollege dieser Leopold Karaban ist. Derselbe ist verheiratet und hat seine Familie in Ottenen.

Selbstleher und Gürtler.

Hamburg. In der am 28. Mai abgehaltenen Versammlung der Selbstleher und Gürtler zc. wurde zunächst Bericht vom Kartell erstattet. Da vom Winterbergnügen noch keine endgiltige Abrechnung vorlag, wurde dieser Punkt bis zur nächsten Versammlung vertagt. Für das Sommerbergnügen wurde ein Komitee von 12 Mann gewählt. Ueber "unserer Organisation" referirte Kollege Schütz. Er ist der Ansicht, daß der schwache Besuch nicht aus einer geringeren Mittheilung resultire, sie habe sogar seit dem Vorjahre einen Zuwachs erfahren. Es sei daher zu beklagen, daß die Kollegen ihrer Pflicht genügt zu haben glaubten, wenn sie ihre Beiträge bezahlten. Die Versammlungen seien aber der richtige Ort, wo sie ihre Beschwerden vorbringen könnten, worauf dann eine Verbesserung der Lage angestrebt werden kann. Jeder sei verpflichtet, mit Rath und That zu helfen. Als dann wurden Werkstellen genannt, in welchen eine ziemlich Anzahl von Mitgliedern sind, z. B. bei Herrn Müller. Diese könnten schon allein eine kleine Versammlung bilden. Ebenso sei es bei Reinhard. Von diesen beiden Werkstellen sind immer nur sehr wenig Kollegen anwesend. Die Mitglieder bei Bauer und Pöselbarth könnten überhaupt für die Unterhaltung 14tägiger Versammlungen. Bei Mehl und bei Becker arbeiten zusammen 50 Mann, es sind aber nur wenige (4) organisiert; dem ganzen Winter wurde dort 1/4 Tage gearbeitet; aber in Versammlungen war Niemand zu sehen. In der früheren Musterwerkstätte der Organisation von Schindler haben die Leute ganz und gar der Organisation den Rücken gekehrt. Gold und Vogel, ehemals zielbewusste Arbeiter, gründeten, als der hiesige Fachverein der Lehrerbildung Aufhebung entgegen sah, eine Nebertafel 1889 im gleichen Sinne; heute gehört keiner mehr der Organisation an, vielmehr ist dort eine Buchstelle des Indifferenzismus. In einer anderen Werkstätte (von Kussberg) legen die Kollegen ihr Geld in Tüfel an. Käster, ehemaliger Vorsitzender unseres Vereins, ist längst in die Reihen der übrigen Unternehmner getreten. Allein immer noch Gedanken wir seiner schönen Worte: Ich bleibe bei der Gure. Ja, die Unsenen Schmeißer er aus der Buße, damit Streikbrecher Platz haben. Aber nur der großen Ueberredungskunst ist es zu danken, daß er die Leute behält. — Kollege Farnad wünscht nun recht bald eine öffentliche Versammlung, dem zugestimmt wird. Kollege Mey machte bekannt, daß wir noch nicht im Besitz von Markten, hier noch welche haben könne; ferner sollten diejenigen, die Marken entnommen, mit Kollege Farnad abrechnen.

Stempner.

Offen. Am 20. Mai fand im Lokale der Witwe Arny eine öffentliche Stempnerversammlung statt, in der Kollege Neumann-Schäfers über den Nutzen der Organisation sprach. Redner erwähnte zuerst die Ansehungsstelle der alten Kulturblätter, der

Größen und Abmer, über die Arbeit. Diese Arbeiter betrachten die Sklaverei, resp. die Sklaverei, als notwendig zur Kultur-entwicklung. So frei und edel die alten Griechen auch dachten, die Sklaverei erschien ihnen als unumgänglich notwendig und der größte Denker des Altertums, Aristoteles, gab dieser Ansicht klassischen Ausdruck in den Worten: „Wenn die Weberknechte von selber gehen, dann brauchen wir keine Sklaven.“ Die Sklaverei wird endlich der Hörigkeit. Bessere wurde verdrängt durch die Lohnarbeit. Jetzt ist, durch die Übernahme der menschlichen Handfertigkeit durch die Maschine, das Ideal des Aristoteles verwirklicht: Die Weberknechte gehen von selbst ungeachtet Reichtümer sind durch die Maschinenhaftigkeit herborgegautert und doch gibt es noch Sklaven, Lohnsklaven, kolossales Reichthum auf dieser, sprechliche Armuth auf jener Seite — das ist die Signatur der heutigen Zeit. Heute gilt der Grundsat: Je weniger Arbeitsleistung, desto höher der Gehalt und die am meisten beschäftigten Arbeiter und Unterbeamten müssen mit höchstem Lohn zufrieden sein. Tausende von Arbeitern, spezial Klempner, irren auf der Landstraße herum; die Maschine nimmt dem Klempner die meiste Arbeit weg, er selbst sinkt zum Fließklempner herab, der im besten Falle die in den Fabriken hergestellten Theile zusammensetzt. Und immer noch wird es schlimmer. Die Fabriken schließen sich zu Aktiengesellschaften zusammen, die dann den größten Druck auf die Preise der Produkte und auf den Arbeitslohn ausüben. Deshalb, so schloß der Redner, müssen wir den Unternehmervereinigungen die möglichste starke Organisation der Arbeiter entgegenstellen. Schließen wir uns zusammen, rütteln wir die gleichgültigen Kollegen auf, damit wir mit vereinter Kraft bessere Zustände in Bezug auf Werkstätten, Lohn- und Arbeitszeit schaffen. Schließt Euch zusammen, Klempner von Offen, bildet ein Gild in der Gesamtheit und der Sieg ist Euch gewiß. Reichlicher Beifall lohnte den Redner für seine trefflichen Ausführungen. Auf Wunsch der Versammlung wurde von einer Debatte Abstand genommen. Im 2. Punkt: „Wahl zum Gewerkschafts-Komitee“, wurde Kollege Horstfeld gewählt. Nachdem noch einige geschäftliche Sachen erledigt waren, schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung die von ungefähr 100 Personen besuchte Versammlung.

Hamburg. Eine öffentliche Versammlung der Klempner und verw. Berufsgenossen von Altona und Umgegend fand am 23. Mai im Lokale des Herrn Marles statt. Zum ersten Punkt der Tagesordnung: „Die wirtschaftlichen Krisen und die Gewerkschaftsorganisation“, referierte Diebold. Selbiger schildert in ausführlicher Rede, welche unerquidlichen Zustände die heutige kapitalistische Produktionsweise zeitigt; wie durch die wilde Jagd nach Gewinn die Ueberproduktion und somit die Krisen herbeigeführt würden. Die Maschinen, welche doch dem Arbeiter die Last erleichtern sollten, würden demselben zum Fluch und deshalb sieht er mit Grauen jedem Fortschritt der Technik entgegen. Auch in unserem Gewerbe hat diese Technik hebenende Fortschritte gemacht und dort, wo Maschinen noch nicht eingeführt sind, hat dieses seinen Grund hauptsächlich darin, weil Anlage- und Unterhaltungskosten theurer zu stehen kommen, als Handarbeit überhaupt. Die Krisen folgen in immer kürzeren Zwischenräumen und es hat schon jetzt den Anschein, als ob wir in einen heißen Geschäftsjahr überhanpt nicht mehr hineinkommen. Die in Hamburg und Altona aufgenommenen Arbeitslosenstatistik ergab für Klempner im Durchschnitt eine Arbeitslosigkeit von 13 Wochen pro Jahr. Daß unsere Lage wahrhaftig nicht rosig ist, müsse doch jeder Kollege einsehen; eine starke Organisation ist notwendig, um Besserung herbeizuführen. Die Ausreden der Inbitterten: „wogu sollen wir die Beiträge bezahlen, es nützt ja doch nichts“, sind hinfällig, denn um unser Wohlergehen handelt es sich, und nichtswürdig ist Der, welcher nicht einsehen will, daß er mit seinen Kollegen kämpfen muß, sondern ruhig zusieht, wie die kleine Minderheit sich abringt und Alles aufbietet, um die Festigkeit der Organisation zu erhöhen. Reichlicher Beifall lohnte den Redner am Schluß seines bedehlenen Vortrages. In der Diskussion wird von allen Rednern die Bauheit der Kollegen getadelt. Es seien stets Dieselben, welche in die Versammlungen kommen: die große Mehrheit jedoch, selbst der Mitglieder, läßt Alles seinen Gang gehen, wie es eben geht. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heutige öffentliche Versammlung der Klempner und verwandten Berufsgenossen von Altona und Umgegend erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten und dem nachfolgenden Rednern einverstanden und verspricht, mit allem Eifer dafür zu sorgen, die dem Verbände fernstehenden herbeizuführen.“ Unter Verschiedenem wurden die Zustände in der Fabrik von S. Kray & Co., Ottensen, einer deren Kritik unterzogen. Trotzdem immer

in Stücklohn gearbeitet wird, besteht nicht einmal ein fester Akkordlohn. Hat der Arbeiter nach der vorherigen Berechnung einigemmaßen verdient, so geht der Herr Fabrikant was ihm beliebt. Bei denen, welche auf Weisblech arbeiten, soll es häufig vorkommen, daß sie nur 15—18 M. ja selbst noch weniger, trotz allen Fleißes verdienen könnten. Alle Versuche, die betreffenden Kollegen in die Organisation hineinzubringen scheiterten und diejenigen, welche organisiert waren, hielten es selten länger als ein paar Wochen in diesem Elend aus. Ebenso, wenn nicht noch schlimmer wurden die Zustände der Fabrik von G. Haller, Ottensen, getadelt. Dort besteht nämlich das vortreffliche Kolonnenystem; auch hier wird nur in Akkord gearbeitet. Wenn in der ersten Fabrik der Inhaber die Bühne brückt, wo er nur kann, so ist hier der Vorarbeiter gezwungen, seine Kollegen auszubeuten. Auch hier hält es schwer, Besserung herbeizuführen. Sehr getadelt wurde das Behringssystem. Ein Behring ist schon gezwungen, so er als Klempner arbeiten will, in der Fabrik zu bleiben, da seine einseitige Ausbildung ihm nicht gestattet, in anderen Werkstätten zu arbeiten. Es wurde darauf hingewiesen, die ungelerten Arbeiter zu organisieren, um dann von beiden Seiten gegen die unerhörten Zustände vorzugehen. Nachdem noch ein Redner auf die Mißstände in verschiedenen Bauwerkstätten hingewiesen, erfolgte Schluß der Versammlung.

Metall-Arbeiter.

Berlin (Zentrum). Die wiederum sehr gut besuchte Versammlung vom 2. Juni hatte einen sehr interessanten Vortrag von Herrn Dr. Seymann über „Naturwissenschaften und Proletariat“ auf der Tagesordnung, dessen sich der Herr Referent in außerordentlich befähigter aufgenommener Weise erlegte. Auf Antrag der Ortsverwaltung wurde beschlossen, die „Metallarbeiter-Zeitung“ nur noch gegen Vorzeigung der Mitgliedsbücher an die nicht über 8 Wochen residierenden Mitglieder zu verabsorgen. Die vereinigte Ortsverwaltung Berlins haben eine Extravorstellung in dem wissenschaftlichen Theater „Urania“ arrangirt, die am 15. Juli Nachmittags 1 Uhr stattfindet. Für den Osten Berlins ist eine Zahlstelle bei Tempel, Bangestraße 65, errichtet. Kollege Wegner forderte die Verhandlungs- und Agitationskommission der Berliner Metallarbeiter durch Markenentnahme zu heftigen, was gegen andererseits Bedenken gekämpft werden, weil dieser Fond von Deuten verwaltet wird, die ausgesprochene Gegner der Zentralfaktion, speziel des D. M. A. sind.

Frankfurt a. M. Der Streik bei Meyer mußte am 30. Mai für verloren erklärt werden. Dieser unerwartete Ausgang ist dem Vorarbeiter Guhr zuzuschreiben. Nachdem sich leider durch das Vorgehen der Polizei und die Machinationen des Unternehmers die Mehrzahl der beschäftigten Arbeiter bereit einschickten ließen, daß sie weiter arbeiteten, war man von Seite der Streikenden hauptsächlich bemüht, die Radspanner und besonders den Vorarbeiter Guhr zur Niederlegung der Arbeit zu veranlassen. Guhr ging scheinbar darauf ein. In Wirklichkeit jedoch nahm er im Einverständnis mit Meyer Urlaub und benutzte diese Zeit, die streikenden Radspanner zur Wiederaufnahme der Arbeit zu veranlassen, was ihm leider auch gelang. Da die Absicht der Streikenden, durch vollständige Einstellung der Arbeit der Radspanner den Betrieb lahm zu legen, an der Haltung Guhr's scheiterte, mußte derselbe für verloren erklärt werden, umso mehr, als man mit einem ungeheuren Zugang zu kämpfen hatte. Durch diese Haltung Guhr's, welcher Mitglied der Verwaltungsdirektion, des sozialdemokratischen Vereins, des Gesangsvereins Brubersseite und stellvertretender Delegirter des Gewerkschaftskartells derselbst ist und somit zum Streikbrecher an seinen Kollegen wurde, sind 70 Kollegen, darunter 17 verheiratete, ausgesperrt. Da der größte Theil derselben gezwungen ist abzureisen, ersuchen wir die Kollegen allerorts, denselben zur Erlangung von Arbeit beizustehen zu sein. Alle Briefe an Joh. Drehm, Uhrmacher, Bergerstr. 277.

Leipzig-Andersmann. Am 1. Juni fand im Gasthof Magwitz eine sehr gut besuchte öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt mit der Tagesordnung: Der Dreherstreik in der Maschinenfabrik von Swidorski in Magwitz. Kollege Reichelt schilderte die Ursachen der Arbeitseinstellung und getheilte das Verhalten des dortigen Drehermeisters Gursch, welcher durch seine Verhandlungsweise, die er den Drehern zu Theil werden ließ, diese zwang, sich beim Chef über ihn zu beschweren, eventuell versöhnlich zu werden. Dem „Leipziger Tageblatt“ sei bemerkt, daß es sich hierbei um die Lohnfrage am wenigsten handelte, obwohl auch Reduzierungen der Akkordlöhne unter Gursch festgefunden haben. Redensarten, wie: „Wenn's Euch nicht paßt, könnt Ihr gehen, es haben sich Leute genug bei

uns angeboten, die gerne für 18 M arbeiten“ (und die ihm, dem Drehermeister, sogar noch 10 M geben wollten, wenn er sie einstellte), sind nicht angebracht. Gegenüber Bruten, die ihr Handwerk verstehen und eine anständige Behandlung gewohnt sind. Eine falsche Behauptung des „Tageblatts“ sei es ferner, daß es meist jugendliche Arbeiter sein sollten, die die Arbeit einstellten. Sehr viele von ihnen seien verheiratet. Solche Einstellungen hätten nur den Zweck, den Deuten die Sympathie des Publikums zu entziehen. Die betreffenden Dreher haben sich schriftlich an Herrn Swidorski gewandt und ihre Beschwerden vorgebracht; nun hat Herr Swidorski verschiedene Befragte, ob sie den Inhalt des Briefes bekräftigen und wer der Briefschreiber wäre. Derselbe wurde entlassen, seine Kollegen aber erklärten sich solidarisch, und nachdem eine abermalige Deputation beim Chef persönlich vorstellig gewesen, die die Zurücknahme der Maßregelung des Briefschreibers, der in ihrem Auftrage gehandelt, verlangte, dies aber verweigert wurde, haben die Dreher, bis auf 3, die Arbeit niedergelegt. Die Versammlung werde zu dem Resultate gelangen, daß die Einstellung korrekt sei und daß jedem die Pflicht obliege, die Ausständigen sowohl materiell wie moralisch zu unterstützen. Wer helfen wir ihnen zum Siege, so bedeutet das zu gleicher Zeit einen Sieg für uns und unsere Sache. Das beste Schutzmittel gegen die Kapitalisten sei eine starke Organisation. Hieran schließt sich eine lebhafteste Diskussion. Herr Kapitän und verschiedene Meister sind anwesend. Ersterer erhielt nach dem Referat das Wort und gibt an, daß die Deputation vorstellig wurde wegen der Behandlung von Seiten des Gursch; er sowohl wie Herr Swidorski hätten sich aber nicht so vollkommen überzeugen können von der Schuld des betr. Meisters, und durch die größte Beleidigung des letzteren in dem Brief, in dem behauptet wurde, G. geleihe oder hulde dem Alkohol, seien sie veranlaßt worden, den betreffenden Briefschreiber zu entlassen. Dies könnte man doch unmöglich als Maßregelung hinstellen, sonst müßte jede Entlassung als solche gelten; er hätte geglaubt, die Dreher müßten zur Einsicht kommen und die Arbeit wieder aufnehmen, um erst zu sehen, ob nicht eine bessere Behandlung seitens des Meisters Platz greife. Er meint dann ferner, Herr Swidorski sei nicht der Mann, der willkürlich Löhne reduziere, wenn ihn nicht die Konkurrenz dazu zwänge, und kommt auf den Motorenbau zu sprechen, den er sogar für die leichteste Arbeit erklärt. Die Konkurrenz mache die Preise, nicht das Kapital. Ferner meint Herr Kapitän, wenn die Kapitalisten nicht wären, gäbe es keine Arbeiter, und fragte, wie könnte der Kapitalist verantwortlich gemacht werden für seine Meister. Herr Gursch sei auf Veranlassung des früheren Meisters dessen Nachfolger geworden. — Kollege Fayer fährt an, daß unmöglich ein Arbeiter einem gelehrten Dreher etwas lernen könne. Ein anderer Meister, der seine Sache verstände, könnte kaum derartige Maßnahmen treffen. Herr Gursch hätte sich früher nicht gekümmert, auf den Chef einer Bindenauer Fabrik im Trunke mit der Drechslange loszugehen; ferner weist er die Ausführung des Herrn Kapitän zurück, daß ein großer Theil Arbeiter ohne Arbeit wäre, wenn die Petroleummotoren nicht wären. — Kollege Wibach bekennt sich als Briefschreiber und schildert das Verhalten Gursch's. — Kollege Ströbe fährt an, daß Gursch sich beim früheren Meister einschamrotzt hätte dadurch, daß er so und so viel zum Besten gegeben, so daß er so betrunken gewesen wäre, daß er nach Hause gebracht werden mußte. Kollege Wabel und Reichelt gingen des Näheren auf die Ausführungen des Herrn Kapitän ein, widerlegten denselben gründlich, indem sie ihn zu überlegen gaben, wer denn eigentlich das Kapital schafft. Gegenüber Gursch wurde von Wabel betont, daß wenn Jemand Meister geworden ist, er meist darauf bedacht sei, dem Unternehmer Geld in die Tasche zu spielen. Die Handlungsweise Gursch's, der weiter arbeitet, wurde genügend charakterisirt. Kollege Fayer fährt an, daß Gursch früher selbst gesagt habe, die Arbeiter seien Dänen, sonst würden sie längst die Fabriken in die Luft sprengen. Keller bekräftigt, daß Gursch wenig von der Dreherlei verstehe. — Herr Kapitän hat den Ausfall für ungerecht, wenn die Deute nicht wieder eingestellt würden, sei die Firma dazu genöthigt durch den Verband der Industriellen. Auf Wunsch der Versammlung wird der Brief, den die Dreher an den Chef geschrieben, verlesen; desgleichen wurde der Drehermeister, der die ganze Zeit mit anwesend war, aufgefordert, sich zu vertheidigen. Letzteres gelang ihm aber nicht, obwohl er Verschiedenes ableugnen wollte. Von nachfolgenden Rednern wurde nachgewiesen, daß die Behauptungen richtig seien, auch wurde ihm gesagt, er solle die betreffenden arbeitslos belangen, sie m. n. dann die Beweise erbringen; daß er gern Schnaps trinkt, gab er zu. — Kollege Reichelt geht auf ver-

schiedene Einzelheiten ein und schlägt vor eine dreigliedrige Kommission zu wählen, die nochmals mit Herrn Swidorski verhandeln soll, was auch angenommen wurde. Herr Drehermeister Duter (bei der Firma) erklärte die anonymen Briefschreiber für Lumpen, nahm jedoch, nachdem er eines anderen belehrt, sein Wort zurück. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: Die heutige im Gasthof Magwitz tagende öffentliche Metallarbeiter-Versammlung erklärt sich mit den ausständigen Drehern der Firma Swidorski solidarisch und erklärt das Auftreten des Drehermeisters Gursch als der Würde eines Arbeiters nicht entsprechend. Sie erwartet deshalb von Herrn Swidorski, daß er einer von der Versammlung gewählten, Kommission Gehör schenkt und Aenderung eintreten läßt. Die in dem an Herrn Swidorski gerichteten Brief aufgestellten Behauptungen kann sich Herr Gursch ev. gerichtlich bekräftigen lassen.“ Zum Schluß geben wir den Wortlaut des an Herrn Swidorski abgegangenen Briefes wieder. Der Brief lautet: „Gehrt Herr Chef! Wir erlauben uns, mit einer Bitte an Sie heranzutreten, die Ihnen in Betreff des Drehermeisters Gursch anzuwenden. Die Verhandlung, der wir von dieser Seite ausgeht sind, ist geradezu beschämend. Bei jeder Gelegenheit der Ausdruck: „Wenn's Euch nicht paßt, könnt Ihr gehen, draußen stehen Andere“, ist ganz allgemein. Wenn Meister Gursch etwas von einem Arbeiter will, so geht er hin und macht die anderen schlecht, und so von einem zum anderen. Diejenigen Arbeiter, welche seine Vergangenhelt kennen, und das ist die Mehrzahl, sollen von einem Menschen, welcher fast aus sämtlichen Arbeitsstellen Schnapsstrinken halber entlassen wurde, eine derartige Behandlung hinnehmen. Zum Schluß seien auch Beweise angeführt. 1. Ist es eine bekannte Thatsache, daß er kein gelehrter Maschinenbauer oder Dreher ist und daher auch keine Arbeit richtig tagiren kann. 2. Daß er bei der Firma Hertel thatsächlich mit der Drechslange auf den Chef losgegangen ist, und daß ihn zwei Schutleute hinausgebracht haben. 3. Daß er bei Kurab wegen zu viel Trinken nicht weiter beschäftigt wurde und 4. daß er, so lange er mit uns gearbeitet, des öfteren des Montags den Schnaps in Bierflaschen in die Fabrik gebracht hat. In der Hoffnung, daß Sie die Güte haben und die Sache näher untersuchen, zeichnen hochachtungsvoll sämtliche Dreher im Petroleummotorenbau.

Reichenbach i. N. Es wird die höchste Zeit, daß wir ein Lebenszeichen von uns geben. Wir waren durch das Mißgeschick des letzten Vertrauensmannes arg deprimirt, bis Kollege R. Wahlen die Stelle übernahm. Aber die Laune mancher Kollegen ist trotzdem unbegreiflich. Für Turnvereine zc. da gibt es Zeit und auch Geld, aber zu Versammlungen und für den Verband nicht. Es scheint, als hätten wir in Reichenbach die besten Löhne und beste Behandlung. Habt Ihr es denn, Kollegen, gar so glänzend, daß Ihr es nicht besser wärscht? Ich glaube nicht, denn in einer gewissen Maschinenfabrik werdet Ihr seit Jahren gedrückt, und trotzdem sind von einigen hundert Arbeitern nur vier im Verband. Das ist gewiß kein gutes Zeichen. Es scheint, als wollten die Wenigen auch noch den Wuth verlieren. Kollegen, haltet fest zum Verband, Ihr wißt nicht, was geschehen kann, dann seid Ihr gesichert; fast Wuth, die Zukunft wird es lehren, daß der Verband doch nützlich ist. Agitiere Jeder! Versammlungen finden regelmäßig alle 14 Tage statt.

Firma. Das Emailwerk des Herrn Gebler hat uns schon einmal Veranlassung gegeben, uns mit ihm zu beschäftigen, als wir die glänzenden Lohnverhältnisse und die Zustände schilderten. Heute wollen wir nur das Verhalten des Herrn Gebler gegen seine langjährigen Arbeiter erwähnen. Nachdem die Bemühung der Arbeiter um einen menschenwürdigen Lohn von theilweisem Erfolg gewesen, Herr Gebler also in etwas nachgeben mußte, versiel er auf ein Mittel, welches zwar nicht mehr neu, dafür aber in solchen Kreisen um so beliebter ist, um der Unzufriedenheit seiner Arbeiter ein Ende zu machen. Er maßregelte einen „Unzufriedenen“. Diesem einfachem Mittel; um die Unzufriedenheit zu beseitigen, schick man die Unzufriedenen fort. In diesem Falle liegt die Sache besonders drastisch. 12 Jahre hat sich jener Arbeiter geschunden, um jetzt auf's Neue geworfen zu werden. Und der Grund? Der Arbeiter Sch. trat für sein und seiner Kollegen und Kolleginnen Recht ein, wollte nicht dulden, daß den Arbeitern und Arbeiterinnen ein Lohn geboten wird, der zum Sterben so hoch, zum Leben so niedrig ist. Offen hat ihm Herr Gebler gesagt: „Sie gehen mit meine Leute auf, deshalb können wir nicht mehr miteinander arbeiten.“ Besonders schwer lagen Herrn Gebler die Artikel in den arbeiterfreundlichen Blättern im Magen, und ferner kam dazu ein Flugblatt, welches, vom Metallarbeiterverband herausgegeben, sich an die Arbeiterinnen der Metallindustrie richtete, die

Selben auffordernd, sich zu organisieren. Freilich hatte Herr Gebler alle Ursache ungehalten zu sein gegen ein solches Flugblatt; denn diesen doch die Arbeiterinnen, circa 80-100 an der Zahl, wahre Hungerlöhne. An den letzten Sonntag sind diese Frauen und Mädchen mit 3-4 % abgepreist worden. In seiner Unterredung mit dem gemäßigten Arbeiter Gebler, beliebt sich Herr Gebler als ganz besonderer Arbeiterfreund hinzustellen. Er sei gar kein Kapitalist (!), arbeite auch nur mit 4 Prozent und zahle eigentlich schon viel mehr Lohn, als sich mit seinem Profit vertrage. Nach diesen Ausführungen begreift man auch, warum Herr Gebler zu seiner überlenen Hochzeit ein Geschenk von seinen Arbeitern entgegennahm, welches einen Wert von 120 M repräsentierte. Er ist allerdings ein wenig besser daran, als der gemäßigtere Arbeiter, denn sollte er wirklich einmal hungern, so kann er ja zu seinem Bruder, dem Millionär Kleine nach Schwelm gehen und sich dort satt essen. Nun, auch der gemäßigtere Arbeiter wird nicht verhungern. Wie er für die Arbeiter und Arbeiterinnen eingetreten ist, so werden selbige auch für ihn eintreten. Und zeigt dieser Vorfall wieder einmal, was es mit der vielgepriesenen Arbeiterfreundlichkeit der Unternehmer auf sich hat. Weil Arbeiter es wagen, ihre Interessen zu vertreten, wirt man sie auf die Landstraße. Euch aber, Kollegen und Kolleginnen, rufen wir zu: wendet Euer Geld an, um Euch zu organisieren und nicht dazu, solchen Scenen Geschenke zu kaufen. Trete alle ein in den D. M. V., nur dann werden solche Vorkommnisse unterbleiben.

Schöneberg b. Berlin. Am 27. Mai fand hier eine öffentliche Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in Jakob's Salon, Grunewaldstr. 110, statt. Auf der Tagesordnung stand: 1. Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. Diskussion. Wie stellen sich die Anwesenden zur Gründung einer Zastelle des D. M. V. Zum ersten Punkt referierte Kollege Wölsch. Derselbe führte ungefähr Folgendes aus: Das Thema, über welches er sprechen sollte, sei schon ein altes, so daß es auf den ersten Blick scheint, als ob es überflüssig wäre, darüber noch zu sprechen; denn sei jedoch nicht so. Man könne es dem Arbeiter nicht oft genug vor Augen führen, daß er sich zu organisieren habe, um dem Kapital gegenüber einen Druck auszuüben und nur auf diese Weise eine Besserung seiner wirtschaftlichen Lage zu erwarten hat. In England, dem Mutterlande der Industrie, haben es die Arbeiter zuerst verstanden, sich zu organisieren. Die englischen Arbeiter seien von jeher opferwilliger gewesen als die deutschen, daher ihre großartigen Erfolge, die sie dem Kapital, kraft ihrer Organisation abgerungen haben. Dem müssen wir nachzusehen suchen. Wenn auch die Behörden Hand in Hand mit den Unternehmern gegen die Arbeiter gehen, dürfte man sich nicht abschrecken lassen, sondern es müsse dies ein neuer Ansporn für die Arbeiter sein, sich fester zusammenzuschließen, damit nicht die Weihen der Organisierten gelichtet würden. Daß die Behörden jederzeit bereit sind, für die Unternehmer gegen die Arbeiter vorzugehen, sei ja zur Genüge bekannt, dies kommt nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern vor, und namentlich dann, wenn die Arbeiter eine Macht geworden sind. So sei kürzlich erst den französischen Eisenbaharbeitern verboten worden, an einem Kongreß ihres Berufes teilzunehmen, sobald es erst einer Interpellation in der Kammer bedürfte, um den Eisenbahnminister zu einer Erklärung zu veranlassen. Gegen ein derartiges Vorgehen können die Arbeiter nur dann ankämpfen, wenn sie sich alle der Organisation anschließen. Auch auf die Arbeiterinnen müssen wir unser Augenmerk richten, auch diesen klar machen, daß sie nur dann eine Besserung ihrer Lage zu erwarten haben, wenn sie mit den Männern für die Besserung ihrer wirtschaftlichen Existenz kämpfen, damit auch sie gleichen Lohn für gleiche Arbeitsleistung erhalten. Gerade in der heutigen Zeit, wo die Männerarbeit immer mehr durch die Frauenarbeit und diese wieder durch die Kinderarbeit verdrängt wird, indem die Frau zur Konkurrentin des Mannes geworden ist, sei es an der Zeit, der Frau klar zu machen, daß sie sich nicht zur Lohnräderei hergeben, sondern sich ebenfalls der Organisation anschließen hat. In erster Linie soll es die Aufgabe der Organisation sein, die Arbeiter und Arbeiterinnen widerstandsfähiger zu machen, das Selbstbewußtsein in ihnen wachzurufen und zu stärken. Wenn dieses geschehen ist, sind wir auch in der Lage, Erfolge zu erzielen; erst dann wird der Satz: „Alle Menschen gleich geboren sind ein adelig Geschlecht“ zur vollen Geltung gelangen. Nach einer kurzen Aufforderung, daß die Anwesenden dem D. M. V. anschließen sollen, schloß Redner sein mit dem Fall angenommenes Referat. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen und gleich zu Punkt 2 übergegangen, zu welchem Kollege Bange das Wort sprach und kurz die Notwendigkeit einer Zastelle für Schöne-

berg darthut. Es wurde sodann ein Antrag gestellt, eine Zastelle für Schöneberg zu gründen, welcher einstimmig angenommen wurde. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Kleinschmidt, Fris Reuterstr. 3, als Bevollmächtigter; Holzthier, Sedanstr. 48, P. 17, als Kassier; Wege, Werth und Dose als Stabsoren. Unter Verschiedenem ersuchte Kollege Bange, recht rege für den Verband zu agitieren, wenn auch die Mitgliederzahl noch nicht so stark sei. Ebenso trat Kol. Bösch nach daß für ein. Redner sucht nach den Unterschied zwischen dem Berliner Verband und dem D. M. V. auszuheben und ermuntert die Mitglieder nochmals zu eifriger Agitation. Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, gab der Vorsitzende bekannt, daß die nächste Mitgliederversammlung am Dienstag, den 12. Juni in demselben Lokale stattfinden. Mit einem dreimaligen Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung schloß der Vorsitzende die ziemlich gut besuchte Versammlung.

Schwelm. Wie schon in einer früheren Nummer mitgeteilt, hatten die Arbeiter der Firma Reinhart in Schwelm einen Lohnzettel erhalten. Kurz darauf bekam A. eine „Volksstimme“ zugesandt, worauf er Verdacht auf zwei seiner Arbeiter warf. Er ließ sie in's Komptoir rufen, legte ihnen die Zeitung vor und „rupfte“ sie abscheulich ab. Sie sollten es widerrufen, sie brauchten nicht zu denken, daß er sie ernähren wüßte, kurz und gut, es kam so weit, daß sie kündigen mußten, sonst hätte er sie gekündigt. In derselben Zeit wurde von den Arbeitern der obengenannten Firma eine Versammlung anberaumt wegen einer Verkürzung der Arbeitszeit. Es wurde der Vorschlag gemacht, daß am andern Morgen vier Mann aus ihrer Mitte in's Komptoir gehen sollten, um sich mit Herrn Reinhart in Verbindung zu setzen. Dieser aber gab zur Antwort, sie sollten sich noch beruhigen bis Anfang April, dann würde er die Arbeitszeit wohl ändern. Als die Zeit kam, änderte er sie zwar, aber wie? Nämlich: Früher ging es von Morgens halb 7 Uhr bis 8 Uhr Abends, aber jetzt von Morgens 6 Uhr bis 8 Uhr, oftmals 9, 10 und manchmal Nachts durch. Eine schöne Verkürzung der Arbeitszeit! In der Reinhart'schen Fabrik wurden auch verschiedene Maßregelungen vorgenommen. Es blieben einige Arbeiter einen halben Tag zu Hause mit Entschuldigungen; als sie wieder zur Arbeit kamen, wurde ihnen gesagt, sie sollten in 14 Tagen aufhören. Eins muß noch erwähnt werden: Wenn Arbeiter alt geworden sind und nicht mehr wie sie gerne wollten, arbeiten können, so werden sie auf die Straße gejagt. Kraurig ist es, daß, obwohl die Mehrzahl der Arbeiter der Fabrik dem Metallarbeiterverband angehört, sie noch so ängstlich ist, zusammenzuliegen. Nun, Arbeiter der Firma Reinhart, kehret nicht zurück, sondern schreiet vorwärts. Dann gibt es auch Einigkeit.

Schwelm. Wenn wir den Mann dieser Zeitung in Anspruch nehmen, so geschieht es deshalb, um die Mitglieder an ihre Pflichten gegenüber dem Verbands zu erinnern. Die letzten Versammlungen mit sehr wichtigen Tagesordnungen waren sehr schwach besucht und sind es die älteren Kollegen, welche fern bleiben. Die Restierenden werden ermahnt, bis zum Schluß des Quartals die Beiträge zu zahlen, andernfalls wir nach § 8 vorsehen. In der am 19. Mai stattgefundenen Mitgliederversammlung wurde beschlossen, daß am 24. Juni ein Ausflug nach Bismarck stattfinden, wir hoffen auf zahlreiche Beteiligung. Abfahrt Morgens 5 Uhr 15 Minuten. Nächste Mitgliederversammlung Sonnabend, 16. Juni, Abends halb 9 Uhr mit sehr wichtiger Tagesordnung. Kollegen, zeigt mehr Interesse für die Versammlungen, erwacht aus Eurer lethargie, dann werdet Ihr zur Erkenntnis kommen, daß für den Verband mehr geschehen muß als bis jetzt.

Wetzlar. Der D. M. V. hielt am 20. Mai eine Mitgliederversammlung im Lokale des Herrn Anlow (Neue Brauerei) in Grünhof ab. Kollege Schmidt machte bekannt, daß der angeforderte Vortrag nicht stattfinden könne, weil der Referent nicht zugucken sei. Zum 3. Punkt, Abrechnung vom Wintervergnügen, ersuchten die Kollegen des Komitees, den fehlenden Beitrag zu entrichten und zwar bis zum 1. Juli. Betreffs der Ausfahrt nach Springborn wurde beschlossen, ein Schiff zu mieten, welches 500 Personen faßt. Die Fahrt soll am 8. Juli stattfinden. Der Preis ist auf 1 M festgesetzt, Kinder unter 14 Jahren frei, Fremde können Theil nehmen. Sollte sich ein Defizit herausstellen, so soll der fehlende Betrag aus dem Reservefonds genommen werden. Es wurde ein Vergütungs-Komitee von neun Mann gewählt, das für das Nützliche zu sorgen und auch genaue Kontrolle zu führen hat. Zur Unterstüzung der freistehenden Steinscher beantragte die Ortsverwaltung 50 M aus dem Reservefonds zu bewilligen. Die Kollegen Runge und Max Buchholz stellten dagegen den Antrag, diese 50 M Unterstüzung aus dem 2 1/2 Prozent der Lokale zu geben. Es wurde aber vom D.

vollmächtigten der § 14 Abs. 7 des Statuts verlesen, wonach die Mitglieder kein Recht haben, Geld zu anderen als zu Verbandszwecken zu bewilligen. Stünge gab zu, daß das Statut in dieser Hinsicht blinde, aber man müsse einfach einen sogenannten „Staatsstreich“ (!) machen und das Geld einfach nehmen, ohne den Vorstand erst lange mit Bittgesuchen zu belästigen. Schließlich wurde der Antrag Ableh, vorläufig 50 M aus dem Reservefonds zu nehmen und den Hauptvorstand zu ersuchen, dieses Geld aus dem 2 1/2 Prozent der Lokale zu bewilligen, angenommen. Wenn der Vorstand das Gesuch genehmigt, sollen die 50 M dem Reservefonds wieder zugeführt werden. Da ein Mitglied der Auszahlungskommission abgereist ist, so wurde Kollege Wiesinger in dieselbe gewählt. Anwesend waren 120 Mitglieder.

Schlosser u. Maschinenbauer.

Hamburg. Deutscher Metallarbeiterverband. Mitgliederversammlung der Sektion der Schlosser, Dreher, Maschinenbauer und verw. Berufsgenossen, Filiale Hamburg, am 22. Mai, Höhe Bleichen 80. Nachdem das Protokoll verlesen und genehmigt war, referierte Brand über die Ausdehnung der gewerkschaftlichen Bewegung. Nach einem Rückblick auf die gewerkschaftlichen Bewegungen im Mittelalter schloß er die Branchenorganisation und die Industrie-Verbände der Neuzeit. Es zeigt sich, daß nur durch letztere für die Arbeiter repräsentatives geschaffen werden kann. Er fordert deshalb in dringlichster Weise die Mitglieder auf, unermüdet für ihre Organisation thätig zu sein. Darauf entspann sich eine längere Debatte über unseren Arbeitsnachweis und seine Verwaltung. Der Antrag Heuer: „Es soll eine Kommission von 8 Mann gewählt werden, welche den Arbeitsnachweis zu führen hat“, wurde abgelehnt, dagegen der Antrag Brand den Arbeitsnachweis, wie er jetzt besteht, weiterzuführen, angenommen. Es wurden dazu Reichsmann als Geschäftsführer und Webdel als Stellvertreter gewählt. Beim Bericht der Zeitungskommission theilte Carl mit, daß es notwendig sei, abermals drei Kolporteurs zu wählen. Es wurden Jürgensen, Segler und Groß einstimmig als Kolporteurs gewählt. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen schloß der Bevollmächtigte die gutbesuchte Versammlung.

Hamburg. Eisenhütten. In der letzten Versammlung der Sektion Eisenhütten der Schlosser, Maschinenbauer und Dreher schloß der Referent zum ersten Punkt der Tagesordnung: Das Weib und seine soziale Stellung“ in kausen Worten die Menschheitsgeschichte, die Entwicklung aus der Wildheit zur Barbarei, aus dieser zur Zivilisation. Insbesondere aber die sich jetzt vollziehende Umgestaltung, die heftigste und sich abwickelnde kapitalistische Gesellschaftsordnung, die Emanzipationsbestrebungen des Proletariats zur Erreichung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Redner geht nun auf das eigentliche Thema seines Vortrages ein, weist auf die gesellschaftliche Stellung des Weibes hin, indem er bemerkt, daß das Weib schon eine bedeutend höhere Stellung eingenommen hat in der Menschheitsgeschichte. Zum Schluß wurde noch bewiesen, daß das Weib zu allen menschenwürdigen Berufsarten gleich fähig ist, es hat also auch das gleiche Recht und dieselbe Freiheit wie der Mann. Im zweiten Punkt, Arbeitsnachweis, wurde der Antrag gestellt, hier in Eisenhütten einen Arbeitsnachweis zu errichten, welcher Antrag angenommen wurde. Der Arbeitsnachweis soll bei Delfs, Belle-Alliancestraße 50, eingerichtet werden. Es ist jedoch der Hamburger Arbeitsnachweis nicht ausgeschlossen. Sodann wurde zum dritten Punkt von Kollege Kaufhold der Antrag gestellt, einmal in Eppendorf eine öffentliche Metallarbeiterversammlung abzuhalten zwecks Agitation, welcher von vielen Kollegen unterstützt und auch angenommen wurde. Es soll dieselbe in der nächsten Zeit abgehalten, jedoch die Feststellung derselben der Ortsverwaltung überlassen bleiben. In Betreff der Bibliothek brachte Häckert den Antrag ein, einen Kollegen damit zu beauftragen, die Bücher herbeizuholen. Es waren aber viele Mitglieder der Meinung, daß die betreffenden, welche die Bücher lesen wollten, sich auch der Mühe zu unterziehen haben, um dieselben aus Hamburg zu holen. Hiernach wurde der erste Antrag zurück gestellt und der zweite angenommen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

Die gelegentlich des Münchener Formerkongresses ausgegebenen Sammelkarten bitten wir, ob auf ihnen gestrichelt oder nicht, umgehend mit dem daran eingezugenen Geld nach hier einzusenden.

Der Dreherpreis bei der Firma Gohlbergt in Plagwitz-Leipzig lautet fort.

Von 28 Drehern sind 25 ausständig und handelt es sich jetzt um Wiederbestellung sämtlicher Ausständigen, zu der der Unternehmer sich noch nicht herbeilassen will. Der Drehermeister, dessentwegen die Differenzen entstanden sind, ist — auf seinen Wunsch — von der Firma entlassen worden.

Da zur Durchführung eines Kampfes wie der obige ist, Geld gehört, die Verbandskasse aber icht hin durch Streiks als auch momentan durch die Auszahlung des Reisegeldes stark in Anspruch genommen ist, ersuchen wir die Verwaltungen, alle am Orte irgend entbehrlichen Gelder umgehend nach hier einzusenden.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungültig und aufzuhalten:

- Nr. 28778 des Schlossers Andreas Gämmerlein, geb. zu Stellen am 30. März 1870.
42865 des Metallgießers Joseph Dahm, geb. zu Singen am 22. Juni 1878.
72944 des Metallarbeiters Hermann Brandt, geb. zu Redbrasse am 7. Febr. 1863.
81102 des Schlossers Oskar Köhler, geb. zu Altenburg am 26. Nov. 1850.
81155 des Schlossers Oskar Arnold, geb. zu Dierig am 7. August 1875.

Den Felsenbauern Albin Klitsch, geb. zu Glauchau am 1. März 1875, früher Verbandsmitglied auf Buch Nr. 22098, und Emil Kühn, geb. zu Chemnitz am 30. Juni 1856, früher Verbandsmitglied auf Buch Nr. 59068, ist bis auf Weiteres die Aufnahme in den Verband zu verweigern.

Nachstehend geben wir nach dem in voriger Nummer bekannt gegebenen Vorstandsschluß die ausgeschlossenen Streikbrecher beim Streik in der Fahrradfabrik bei Kieper in Frankfurt a. M. bekannt.

- Nr. 11431 Schlosser Karl Gühr, geb. am 10. Febr. 1867 in Marlissa.
11516 Dreher Wlil. Kref, geb. am 14. Juni in Nieh.
49227 Schlosser Paul Köhgen, geb. am 21. April 1873 in Eichenheim.
54476 Schlosser Adolf Franke, geb. am 21. Juli 1872 in Frankfurt a. M.
59373 Schlosser Hermann Naß, geb. am 14. Nov. 1868 in Daber.
59374 Dreher Aug. Schuch, geb. am 13. April 1867 in Braunheim.
59375 Schlosser Adam Hochheimer, geb. am 6. Febr. 1866 in Zellbach.
59376 Schlosser Jos. März, geb. am 6. Febr. 1866 in Zellheim.
59378 Dreher Ferdinand Schönk, geb. am 26. Okt. 1867 in Bodenheim.
59388 Schlosser Wilhelm Seibert, geb. am 12. Sept. 1863 in Hausen.
59391 Schlosser Carl Henckel, geb. am 23. Sept. 1871 in Heilbronn.
60367 Dreher Georg Gemmeler, geb. am 5. Aug. 1874 in Bodenheim.
60385 Dreher Wilhelm Schneider, geb. am 31. Juli 1869 in Otterben.
60386 Schlosser Gustav Reuter, geb. am 22. April 1869 in Bodenheim.
74383 Schlosser Joh. Robert Beth, geb. am 22. Mai 1864 in Urberach.
74385 Schlosser Peter Jitel, geb. am 23. Dez. 1874 in Pillwar.
74390 Schlosser Adolf Bauer, geb. am 1. Dez. 1868 in Mainz.
74393 Schlosser Georg Mah, geb. am 9. Dez. 1869 in Gauh a. Rh.
74399 Schlosser Jakob Thom, geb. am 25. April 1875 in Bodenheim.
74405 Schlosser Friedrich Rudolf, geb. am 28. März 1876 in Mainz.
74407 Schlosser Heinrich Quirin, geb. am 2. Febr. 1873 in Harheim.
79601 Dreher Philipp Winkler, geb. am 10. März 1875 in Steinbach.

Das Mitglied Richard Seinau, Buch Nr. 7464, zuletzt in Thorn i. Westp., wird um Angabe seiner Adresse ersucht.

Als Bechpeller in Verbandsbergsen werden aus gemeldet:

- Aus Rassel. Nr. 53865, Klempner Heinrich v. Kouts, geb. zu Dorum am 3. August 1874, und Schlosser Jean Osterloh, geb. zu Wittenhausen am 10. Juli 1856, früher Verbandsmitglied auf Nr. 18589, jetzt wieder Mitglied auf Nr. 2.

Im Laufe dieser Woche sind den Reisegehaltstellen aus, zweckmäßiger Reisehandbücher zugegangen und ersuchen wir, diese künftighin bei der Feststellung der Kilometerzahl bei den zurückgelegten Touren zu benutzen. Diejenigen Reisegehaltstellen, die noch kein Buch erhalten haben, wollen umgehend reklamieren.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Berufs fern zu halten: Badearbeiter von Jachen, Baumstößer von Dresden, Gärtner und

Dreher von Heide l. Hoff. (Manenberg & Co.) Dreher von Leipzig-Plagwitz (Swidersky).

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Theodor Werner, Stuttgart, Schlosserstraße 21,1.

zu richten, und ist auf dem für Mitteilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiefenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für

Beiträge oder der Erbs für Extramarken, Kongressprotokolle, Delegiertensteuer oder Generalkommissionenmarken ist.

Zum Schluss machen wir schon jetzt darauf aufmerksam, dass unsere Adresse mit dem 1. Juli ds. J. verändert ist und von da ab alle Sendungen nach

Stuttgart, Redarstraße 160,1 zu richten sind.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Nachstehend geben wir eine Uebersicht über die Vertheilung der vom Verband vom 1. Jan. 1893 bis 31. Dez. 1893 ausbezahlten Reisenerstützung auf die einzelnen Berufe.

Table with columns: Beruf, Zahl der Mitglieder, Zahl der auf der Seite Unterfertigten, Zahl der d. d. Reisen-Unterstützung, Gesamtsumme, Unterfertigung, Durchschnittsumme, Zahl d. Unterfertigten, Auf einer Tour, höherer Betrag, niedriger Betrag.

Zu der Zusammenstellung ist noch zu bemerken, dass die Zahl Derjenigen, die über 40 Mark Gehalt innerhalb eines Jahres erhielten, bedeutend höher sein würde, wenn die im Jahre 1892 angefangenen und nur zum Theil im Jahre 1892 verrechneten Touren, sowie die in den ersten Monaten des Jahres 1894 beendeten Touren mit in Betracht gezogen würden.

Der Vertrauensmann von Dresden (Altstadt) mit 764 Mitgliedern hat es selber bis zum 2. Juni trotz mehrfacher öffentlicher und brieflicher Aufforderung nicht für nöthig gehalten, uns anzugeben, wie sich die Mitglieder auf die einzelnen Berufe vertheilen, wir mussten deshalb die Statistik von Dresden des Jahres 1892 zur Grundlage nehmen.

Die Zahl der Mitglieder ist um 879 höher als auf der Jahresabrechnung angegeben; dieses kommt davon, dass erstens die Ortsverwaltungen auf den Fragebogen nicht genau dieselben Zahlen wie auf den Abrechnungen angegeben haben, zweitens, dass im Dezember einige Verwaltungsstellen gegründet wurden, die aber noch keine Abrechnung eingeschickt haben und deshalb in der Hauptabrechnung nicht mit aufgeführt sind.

Die Gesamtsumme der Unterfertigung ist um 222 Mark 31 Pf. höher als auf der Jahresabrechnung angegeben, weil einzelne Auszahler des Reisegeldes die Beiträge, die der Berliner Verband bis 7. April noch ausbezahlt, sowie einzelne Lokalunterstützungen auf den Reiselegitimationen mit verrechnet haben.

Abrechnung von der Hauptkassa pro Juni 1894. Einnahme. Kassenbestand Ende April: 11,139. Beitrittsgeld n. Beiträge: 84,91. Neuzugang a. D. 29,51. Einzahlung i. S. 40. Eisenberg 60. Stöckach 32,80. Eisen 59,45. Eisenach 27,98. Magdeburg-Neustadt 45,75. Eplingen, Feilenhauer 82. Rathenow, Sekt. der Eisenschleifer 22. Nitzdorf 22,50. Münchenbernbach 24,40. Magdeburg-Wilhelmstadt 19,95. Radolfzell 27,95. Redarsum 16,72. Chemnitz 45,10. Hade v. Walb 51,20. Altona, Schlosser 50. Striegau 10,55. Essen, Klempner 40,60. Durlach 45,30. Magdeburg-Budau 94,50. Nürnberg, Former 76,30. Jülich, Schläger 94,20. Nürnberg, Metallindustrie 127,50. Herzbrud 31,25. Braunschweig, Feilenhauer 17. Garmburg 52,80. Nürnberg, Flächner 77. Gassen H.-L. 77,28. Leipzig-West 133,35. Annweiler (Pfalz) 19,22. Pirna i. S. 47,55. Grimmitzschau 31. Garmburg, Sekt. der 9 durch B. Eisenberg 200. Triberg 24,15. Chemnitz 180. Dresden-A. 331,65. Nürnberg, Mechaniker 86,20. Rathenow, Sekt. der Brillen- und Pinselarbeiter 100. Thorn 10,70. Herfeld 25,80. Herford 76,75. Döbeln 65,60. Wenzig 17,45. Wanz 5. Wilhelmshaven 150. Elsterberg 8,65. Königs-lutter 11,60. Dresden-R. 78,10. Zumbach 40. Dresden, Klempner 48,75. Cannstatt 35.

Landau 24,70. Altenburg 150. Einzelmit-glieder der Hauptkassa 260. — Delegierten-marken a 25 J: Chemnitz 0,25. Magde-burg-Budau 0,50. Garmburg 18,75. Pirna i. S. 3. Dresden-A. L. Freising 13,75. — Delegiertenmarken a 10 J: Jülich 7,46. Neuzugang a. D. 1,50. Eisenach 2,10. Stöckach 1,80. Essen 8,10. Eisenach 4,20. Magde-burg-Neustadt 4,80. Münchenbernbach 1,50. Magdeburg-Wilhelmstadt 1,80. Radolfzell 1. Redarsum 1,90. Chemnitz 59,90. Altona, Schlosser 6. Striegau 0,80. Essen, Sekt. der Klempner 0,20. Durlach 1,10. Magde-burg-Budau 2. Nürnberg, Metallindustrie 17. Herzbrud 1,50. Braunschweig, Feilen-hauer 1. Garmburg 8,50. Gassen H.-L. 4,20. Leipzig-West 5,20. Annweiler 0,80. Pirna 5. Grimmitzschau 7,10. Chemnitz 30. Dres-den-A. 21,40. Nürnberg, Mechaniker 9,30. Thorn 1,60. Herfeld 0,80. Herford 1,60. Döbeln 5,30. Wenzig 1,80. Wanz 5. Wil-helmshaven 10,20. Elsterberg 0,70. Königs-lutter 0,40. Dresden-R. 5,40. Dresden, Klempner 2,50. Landau 0,30. — Reser-ve-fonds-marken a 15 J: Jülich 12,15. Neu-zugang a. D. 1,80. Eisenach 3,45. Stöckach 2,10. Essen 12,45. Eisenach 6. Magdeburg-Neustadt 4,80. Münchenbernbach 2,10. Magdeburg-Wilhelmstadt 1,95. Radolfzell 1,05. Redarsum 0,15. Chemnitz 80,55. Altona, Schlosser 9. Striegau 0,45. Essen,

Sektion der Klempner 0,80. Durlach 1,85. Magdeburg-Budau 8. Jülich, Schläger 3. Nürnberg, Metallindustrie 25,50. Herz-brud 2,25. Braunschweig, Feilenhauer 1,85. Garmburg 14,55. Nürnberg, Flächner 22,95. Gassen 5,85. Leipzig-West 5,90. Annweiler 0,45. Pirna 8,75. Grimmitzschau 9,45. Tri-berg 1,05. Chemnitz 40. Dresden-R. 48,05. Thorn 8,80. Herfeld 1,50. Herford 1,65. Döbeln 7,20. Wenzig 0,75. Wanz bei Wil-helmshaven 6,60. Elsterberg 1,85. Königs-lutter 0,60. Dresden-R. 7,50. Dresden, Klempner 8,75. — Extramarken: Nürn-berg, Former 1. Pirna 0,70. — Sonstige Einnahmen: Braunschweig, Schlosser, über-wiesen für Streiks 12,85. Pirna, Uebertrag vom Berganthen 10. Barchim, 1. Erftabuch 0,20. Nürnberg, Mechaniker 7 7/2 4,50. Garm-burg, Schlosser, 2. Erftabuch incl. Porto 0,80. Hauptkasse, für Notizbücher 8. Auf Sammellisten für die Former zu Nürnberg 111,88. Summa M 15,452,95.

Ausgabe: Metallarb.-Zeitung M 8200. Kautschukstempel 44,50. Gehalt der Bureau-beamten 450. Hilfsarbeiter 216. Bureau-miethe nebst Bedienung 80. Agitation 48,60. Revisionen 20,20. Rechtschutz 27,20. Ver-schutz an die Verwaltungsstellen zu München 550. Streikunterstützung nach Frankfurt a. M. 2000. Materialausgaben 78,40. Sachliche Ausgaben 11,34. Porto laut Buch 94,81. — Zuschüsse an die Zahlstellen: Fulda 50. Neuwied a. Rh. 50. Elegen 50. Bay-reuth 100. Danabrid 100. Mainz 100. Hilsheim 50. Bamberg 70. Hof 60. Gießen 50. Jagen l. W. 50. Berlin 150. Köln a. Rh. 100. Heilbronn 80. Neutlingen 40. Ulm 60. Ansbach 30. Straßburg 30. Würzburg 80. Kempten 50. Regensburg 60. Heils i. G. 80. Schwinfurt 30. Hamm l. W. 80. Halle a. S. 100. Velzen 50. Nachen 100. Wschaffenburg 40. Minden l. W. 50. Bernburg 50. Ingolstadt 100. Gassel 100. Schneid a. b. Elbe 80. Neuwied a. Rh. 100. Ulm 100. Fulda 50. Berlin 150. Schwinfurt 15. Götting 20. Freiberg l. S. 20. Dortmund 60. Hof 75. Stuttgart 150. Summa M 9556,05.

Bilanz: Einnahme M 15 452,95. Ausgabe „ 9 556,05. Kassenbestand M 5 896,90.

Eingegangene Gelder auf Sammel-listen für die Reichenden Former zu Nürnberg.

Auf Liste Nr. 12, 18 von Altona, Schmiede durch F. Th. (Reisbetrag) 6,80. 18, 19 und Nürnberg 493-495 Ansbach G. D. 31,25. 26, 27 Wschaffenburg A. G. 8,80. 75, 76 Braunschweig, Feilenhauer G. S. 1,60. 152-155 Dresden-R. M. G. 21,50. 159 Duisburg B. Sch. 5,25. 186, 187 Erfurt D. R. (Reisbetrag) 3,30. 268, 264 Greiz D. R. 9,25. 269, 270 Götting G. S. 2,90. 313, 331, 333, 334 und 336 Garmburg G. S. 21,75. Summa M 111,88.

Eingegangene Gelder für die aus-gegebenen Marken der Generalkom-mission: Arnstadt i. Thür. M 0,70. Bremer-haven, Klempner 0,20. Celle 1. Chemnitz 14,20. Guben 2,30. Garmburg 1,30. Nürn-berg, Former 2,70. Schwerin 4. Summa M 20,40.

Allgemeine Kranken- u. Sterbe-kasse der Metallarbeiter (G. S. 29, Hamburg).

Bekanntmachung. Die von der Generalversammlung in Wschaffenburg gewählte Revisionskommission hat sich konstituiert. Es wurden: F. W. Schauer zum Vorsitzenden, G. Brand als dessen Stellvertreter, D. Bässow als Schriftführer bestimmt.

Bezüglich der schiedsgerichtlichen Funktion werden alle Bevollmächtigten der Zahl-stellen aufgefordert, den Tag der Zustel-lung, resp. Mittheilung der Vorstands-beschlüsse an betreffende Mitglieder genau zu registriren, sowie bei Ein-reichung der Berufungen die Ernennung der Schiedsrichter (nach § 22, Abs. 2 d. Statuts) gleichzeitig zu bewirken.

Berufungen an das Schiedsgericht sind direkt an die Adresse des Unterzeichneten durch den zuständigen Bevollmächtig-ten zu richten (§ 22, Abs. 3), ebenso alle schriftlichen Eingaben an die Revisions-kommission.

Die Zustellung der schiedsgerichtlichen Er-kenntnisse an die betreffenden Kläger hat laut Vorchrift der Zivilprozessordnung amtlich zu geschehen. Bei Berufungen ist es notwendig, dass das Mitglied seine genaue Adresse angibt. Mitglieder der Revisionskommission sind:

G. Brand, D. Bässow, Chr. Wulf, M. Vandenbach, W. Scher, A. Hoffmann. Hamburg-Barmbeck, den 1. Juni 1894.

Die Revisions-Kommission. S. A.: F. W. Schauer, Vorsitzender, von Ellenstraße 60.

A u f r u f

An die Arbeiterschaft Deutschlands! Bereits 7 Wochen dauert der Streik der Schreiner in Zürich und noch ist keine Aussicht vorhanden, dass derselbe beigelegt werden könnte. Die Arbeiterschaft genügt die Unter-stützung der gesamten Bourgeoisie. Die Herrenpresse gibt sich die größte Mühe, die öffentliche Meinung zu machen. Wo nur irgend ein Verbrechen, ein Skandal oder Ber-gehen gegen die öffentliche Ordnung begangen wird, lenkt man sofort den Verbauch auf die streikenden Schreiner und steckt sie zu 20 und 30 Mann in's Zuchthaus. Die Behörden erfassen jede Gelegenheit, durch Ausnahme-gesetze und Polizeiverordnungen die gemachte Meinung zur Geltung zu bringen. Diese Ausnahmeerlasse sind so weit gekommen, dass die Streikenden sich thatsächlich vogelfrei be-finden.

Genossen! Aus Vorstehendem ersieht Ihr, wie kritisch unsere Lage ist. Bis jetzt stehen trotz allen Polizeihilfen die Kollegen noch fest und wenn wir nur noch eine kurze Zeit aushalten können, ist der Sieg uns sicher. Es brängt nach vorwärts!

Genossen! Ihr wollt gewiß nicht, dass das Kapital triumphiren soll. Beherzigt Dieses und helft uns diese Dampire jolingen. Haltet Buzug fern! Briefe sind zu richten an die Streikkommission der Schreiner, Schreinerergewerkschaft, Zürich, Neumarkt 5.

An die Metallarbeiter von Hessen, Sassen-Rassau und Frankfurt a. M.

Werthe Kollegen!

Da der Streik bei Rieder in Frankfurt a. M. zu unserem größten Bedauern verloren ge-gangen ist, fühle ich mich veranlaßt, Euch nachfolgende Meinung und Aufforderung zu unterbreiten, um auch Eure Ansichten über die Aufnahme eines Streiks, sowie über die Regelung derselben zu hören. Es liegt mir vollständig fern, wegen des Streiks irgend Jemand einen Vorwurf zu machen, ich erkenne den Streik als vöberechtigt an, sehe ferner auf dem Standpunkt, auf dem jeder gleichbewußte Arbeiter stehen muß, daß Streiks die notwendigen Mittel in der kapitalistischen Produktionsweise zur Erhaltung und Förde-rung der Existenz des Arbeiters sind.

Ich gebe aber zu bedenken, daß man, bevor man in einen Streik eintritt, Alles in Betracht ziehen muß, was zum Siege nöthig ist, nicht kurz entschlossen handelt, nicht an den maßgebenden Körperschaften der betreffenden Orte vorübergeht oder sich eventuell zu spät an dieselben wendet. Außerdem darf der momentane Geschäfts-gang nicht außer Acht gelassen werden. Man soll nicht frellen, wenn man im Voraus weiß, daß wenn 10 Mann die Arbeit ein-stellen, wieder 30 Mann vor den Fabrikt-horen stehen, um einzutreten. Es ist nöth-wendig, daß die unzulässigen Zahlstellen sofort unterrichtet werden, um auf ihren Herbergen den Buzug abzuhalten. Außerdem gilt ein Kampf, mag er hervorgerufen werden von wem und wie er will, für uns Alle, wir haben Alle das gleiche Interesse daran, als Sieger hervorzugehen. Ich halte es daher für notwendig, in nächster Zeit eine Konferenz abzuhalten, auf der wir dieses Thema eingehend zu behandeln hätten. Geht auch ein Streik verloren, so wird man doch immer an Erfahrung reicher und es heißt dann für's nächste Mal: Besser wachen!

Ich bitte Euch deshalb, Kollegen, über die Nothwendigkeit der Konferenz zu be-rathen, um mit Eurer Zustimmung das Weitere veranlassen zu können. Ich würde Euch Frankfurt a. M. als Ort der Konferenz vorschlagen. Eurer baldigen Meinungs-äußerung entgegengehend zeichnet mit kollegialem Gruß

Offenbach a. M. Ludwig Donges, Gustav Adolfsstraße 38.

Gerichts-Zeitung.

Eine große Beleidigung. Am 25. Februar tagte in Schönebeck eine öffent-liche Metallarbeiterversammlung, in welcher Genosse Boh aus Magdeburg über Arbeits-kraft und Lohn referirte. Der Referent ver-breitete sich namentlich über die schwarzen Listen. Bei der Diskussion führte Genosse Uhlig eine Handlung vom Bürgermeister Meinhard aus Stafffurt an, der seinerzeit schwarze Listen zirkuliren ließ. Der von Stafffurter Metallprozess verfolgt hat, kann sich noch erinnern, daß Meinhard auf Befragen des Rechtsanwalts Stadthagen er-klärt, daß er schwarze Listen ausgegeben habe. Gen. Uhlig kritisirte diese Handlungs-

weise hart. Der überwachende Beamte, Wachtmeister Wegner, machte Anzeige über diese Ausfertigungen, weshalb sich Gen. Uhlig am 1. Juni vor dem Berliner Landgericht, Strafkammer II, wegen schwerer Verleumdung zu verantworten hatte. Er war angeklagt, den Bürgermeister Reinhard von Staßfurt einen "Suben" und dessen Handlungsweise "Subenstreiche" genannt zu haben. Genosse Uhlig verweigerte vor Gericht jede Aussage, er sagte, daß dem Zeugen doch mehr geglaubt würde, als ihm. Der Staatsanwalt beantragte eine Gefängnisstrafe von 6 Wochen und Verurteilung in sämtliche Kosten. Uhlig führte zu seiner Vertheidigung an, daß er nicht daran dachte, den Herrn Bürgermeister von Staßfurt zu beleidigen, sondern nur seine Handlungsweise kritisierte, er beantragte nach § 198 des Strafgesetzbuches seine kostenfreie Freisprechung. Der Gerichtshof zog sich zur Beratung zurück, um nach 11 Minuten das Urteil dahin zu fällen, daß eine schwere Verleumdung des Bürgermeisters Reinhard vorliege, wofür eine Gefängnisstrafe von 1 Monat und Tragung sämtlicher Kosten ausgesprochen sei. Außerdem wurde dem Bürgermeister Reinhard die Befugnis zur Publikation des Urteils in der "Staßfurter Zeitung" ausgesprochen.

Litterarisches.

Bernoulli's Handwörterbuch der Mechanik oder praktisches Handbuch für Mechaniker, Techniker, Gewerksleute und technische Lehranstalten. Bearbeitet von F. Autenheimer. 20. Auflage. Stuttgart. J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger. 524 S. geb. 6 M. Das vorliegende Werk, eines der ältesten und verbreitetsten derartigen Hilfsmittel, ist in 1. Auflage im J. 1828 erschienen. Von der 11. Auflage ab übernahm Prof. Autenheimer die fernere Bearbeitung und ist bis zur vorliegenden 20. Auflage unausgesetzt bemüht gewesen, das Werk auf der Höhe der Technik zu halten. Was das Handwörterbuch vor Werken derselben Art auszeichnet, ist, daß es — unter Wahrung der Uebersichtlichkeit — die Ergebnisse der Technik nicht so nackt und unvermittelt hinstellt, sondern wo es irgend erforderlich erscheint, kurz erklärt und herleitet. Auf diese Weise wird der Gebrauch von Formeln oder nur halb verstandener Formeln vermieden. Dies ist um so wünschenswerther, als das Werk für den großen Kreis derjenigen Techniker bestimmt ist, die den Anforderungen der meist drängenden Praxis rasch und sicher genügen müssen, bei denen aber ein Irrthum in der Wahl der Angaben und Formeln oder im Einlegen der Zahlenwerthe in letztere gewöhnlich mit empfindlichen Verlusten verbunden ist. Das Werk bietet die Erklärungen verstanden. Diese Anordnung bietet aber auch den Vortheil, das Handwörterbuch zugleich als Lehrbuch benutzen zu können, wie es thatsächlich an manchen technischen Schulen dem Unterrichte zu Grunde gelegt wird. Welchen Vortheil aber das so erzielte vollständige Vertrautsein mit einem Nachschlagebuch bietet, bedarf wohl keiner weiteren Ausführung. — Wir geben nachstehend den Inhalt nach den Hauptüberschriften: Mathematik (S. 1-43), Allgemeine Mechanik (S. 44-94), Gleichgewicht an mechanischen Vorrichtungen (S. 96 bis 122), Festigkeit und Elasticität der Materialien (S. 122-166), Konstruktionslehre (S. 173-229), Mechanik tropfbar flüssiger Körper (S. 233-317), Mechanik elastischer Flüssigkeiten (S. 319-331), Wärme und ihre Verwendung (S. 333-443), Technologie (S. 444-482), Tabellen (S. 483-524). Für die Formeln kommt nur die elementare Mathematik zur Verwendung.

Briefkasten.

Aüneburg. Lassen Sie sich von A. Hartleben in Wien einen Katalog über elektrische Sitteratur senden. F. S., München. Heiratsgesuche werden von uns nicht aufgenommen. P. B., Zeulroda. Die mitgetheilte Berechnung der Unfallrente ist richtig. Mehrere Korrespondenzen mußten zurückgestellt werden.

Vereins-Anzeigen.

Barmbeck. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Mitgliederversammlung Dienstag, 19. Juni, Abds. 9 Uhr, bei Silberbrandt, Schützenhof 4. L. O.: Vortrag über: "Die zehn Gebote und die bestehende Klasse". Kartellbericht, Bericht von der Herbergskommission. Barmen. Samstag, 23. Juni, Mitgliederversammlung im Vereinslokal bei Wwe. Hüttemann, Steinweg- und Gebanstraße 6. L. O.: Vortrag. Verschiedenes.

Berlin. Die reisenden Mitglieder werden ersucht, Beschwerden in Betreff Herbergwesen in den bei Preuß. Neue Freie Presse, 20. im Schlafsaal angebrachten Beschwerdebüchlein zu legen oder sich an die Herbergskommission schriftlich zu wenden. Nur solche Beschwerden können berücksichtigt werden, welche mit voller Namensunterchrift und Buch-Nummer versehen sind. Im Auftrage der Herbergskommission: Otto Platon, Berlin-Neub. Uferstr. 9 v. l. Bockenheim. Samstag, 16. Juni, Abds. halb 9 Uhr bei Herrn Bödig zur "Wahlhalle", Kirchgasse 6. Mitgliederversammlung. L. O.: Geschäftliches. Vortrag: "Was lehrt uns der Streik bei Meyer?" Referent: Gen. Koch. Verschiedenes. Pünktliches und vollständiges Erscheinen wird erwartet. Bremerhaven. (Allg.) Sonnabend, 23. Juni, Abds. halb 8 Uhr, im "Kolosseum", Mitgliederversammlung. — Der Fremdenverkehr befindet sich von heute an in Bremerhaven bei Richter, Grabenstr. Wir ersuchen die gütigsten Kollegen, sich streng darnach zu richten. Bremerhaven. (Sekt. der Klempner.) Sonnabend, 23. Juni, Abds. halb 9 Uhr, im "Kolosseum" Generalversammlung. L. O.: Deutung der Beiträge. Auflösung der Verwaltung zwecks Uebertritts zur "Allgemeinen". Cottbus. Sonnabend, 16. Juni, Abds. halb 9 Uhr, Versammlung. L. O.: Einziehung der Beiträge. Vortrag. Eine wichtige innere Angelegenheit. Darmstadt. (Sektion der Klempner.) Samstag, 23. Juni, Abends halb 9 Uhr, Versammlung bei Höning, Körnerplatz 8. L. O.: Vortrag des Hrn. Sünzel über: "Die zehn Gebote". Geschäftliches. Durlach. Donnerstag, 21. Juni, Mitgliederversammlung. Tagesordnung im Lokal. Ebersdorf. Sonnabend, 16. Juni, Abds. halb 9 Uhr, Generalversammlung in der Herberge zur "Blutheide" bei Ad. Schmidt. L. O.: Wahl des Gesamtvorstandes. Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlung der Beiträge. Besprechung eines Sommervergügens. Verschiedenes. (Mitgliedsbücher sind mitzubringen.) Vollständiges Erscheinen ist erforderlich. Finsterwalde. Sonnabend, 23. Juni, Abds. halb 9 Uhr, im Gasthof zum "Stern", Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. — Die Restanten werden an ihre Pflichten erinnert. Furtwangen. Samstag, 16. Juni, Abends 8 Uhr, im Gasthaus zum "Rab", Mitgliederversammlung. Tagesordnung im Lokal. Um pünktliches und zahlreiches Erscheinen wird dringend ersucht. Grottkau. Montag, 25. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Herrn Hellmann, Langenstr. 48, öffentliche Mitgliederversammlung. Tagesordnung im Lokal. Zahlreiches Erscheinen ist notwendig. Halberstadt. Die Reiseunterstützung wird von jetzt ab an Wochentagen Mittags von 11 1/2 bis 12 1/2 Uhr, Abends von 6 bis 7 Uhr und Sonntags von 12 bis 2 Uhr im Verkehrslokal, Batenstraße 63, bei Dollmann, ausbezahlt. Hamburg. (Sektion der Selbstlicher z.) Mittwoch, 20. Juni, Abds. 9 Uhr, bei Herrn v. Salzen, Raffinaderstraße 6-7, Mitgliederversammlung. Tagesordnung sehr wichtig. Hamburg. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 19. Juni, Abds. halb 9 Uhr, Versammlung im "Hammonia-Gesellschaftshaus", Hohe Bleichen 30. L. O.: Zeitungs-Kolportage. Abrechnung und Kassierwahl. Regelung der Mitgliederliste. Wahl eines Delegierten zum Gewerkschaftskartell. Hamburg. (Sektion der Klempner.) Unser Sommervergügen findet am Sonntag, den 1. Juli in Wahrenfeld, Waldmannsrub, statt. Karten à 30 M sind beim Festkomitee und Hr. Neumarkt 38 M zu haben. Das Festkomitee. Hamburg. (Sektion der Schlosser, Dreher und Maschinenbauer.) Dienstag, den 19. Juni, Abds. präzis 9 Uhr, bei Richter, Hohe Bleichen 30, "Hammonia-Gesellschaftshaus", Mitgliederversammlung. Hamburg-Gimsbüttel. (Sektion der Schlosser u. Maschinenbauer u. v. B.) Sonnabend, 16. Juni, Abends punkt 9 Uhr, bei Herrn Deß, Mitgliederversammlung. L. O.: Vortrag: "Moses oder Darwin?" Wahl eines Kassierers. Wahl eines Festkomitees. Bericht vom Gewerkschaftskartell. Anträge aus der Versammlung. — Aufnahme neuer Mitglieder findet alle Sonnabende in demselben Lokale statt. — Pflicht eines jeden Kollegen ist es, unabhängig zu agieren für unsere Organisation; nur eine große und starke Arbeiterarmee erringt den Sieg über den ganzen Staat. Hannover. (Sektion der Klempner.) Montag, 18. Juni, Abends halb 9 Uhr, im kleinen Saale des "Ballhofes", Mitglieder-Versammlung mit Vortrag.

Hannover. (Sektion der Schmiede.) Dienstag, 10. Juni, Abds. halb 9 Uhr, bei Ötendring, Bangestraße 2, Versammlung. L. O.: Vortrag des Herrn A. Paul. Diskussion. Fragelasten. Verschiedenes. — Die sämmtlichen Mitglieder werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen. — Die Versammlungen finden regelmäßig jeden Dienstag nach dem 1. und 15. eines jeden Monats bei Ötendring, Bangestr. 2 statt. — Der Bevollmächtigte H. Bodt wohnt Seydlitzstr. 8, der Kassierer H. Flohr Gderstr. 3. Heilbronn. Samstag, 16. Juni, Abds. 8 Uhr, in der "Nole" Mitgliederversammlung. Tagesordnung im Lokal. Wegen Erörterung wichtiger Punkte wird vollständiges Erscheinen erwartet. — Zugleich werden die reisenden Mitglieder aufgefordert, ihre Bücher mitzubringen, da nächstens Quartalsbilanz und Abrechnung stattfindet. Hof. Samstag, 23. Juni, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in der Zentralherberge, "Deutscher Hof", Bleibstraße 6. Tagesordnung im Lokal. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, pünktlich zu erscheinen, da ein sehr lehrreicher Vortrag gehalten wird. Jüden. Montag, 18. Juni, Abds. halb 9 Uhr Versammlung im "Holländer". L. O.: Vortrag des Gen. A. Frey. Diskussion. Wahl eines Vergütungskomitees zum Sommerfest. Juchterwalde. Montag, 18. Juni, Abds. 8 Uhr, außerordentliche Mitglieder-Versammlung bei Wwe. Schlegel. Tagesordnung im Lokal. Wegen Wichtigkeit derselben ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig. — Die Restanten werden auf § 8 des Statuts aufmerksam gemacht. Jüteborg. Sonnabend, 16. Juni, Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Meyer, Nikolaisstraße 2. Tagesordnung im Lokal. Zahlreiches Erscheinen ist nötig. Mannheim. Donnerstag, 21. Juni, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. L. O.: Vortrag von Gen. Oehlenschläger. Neuwahl der Delegierten zur Zentralisation. Verschiedenes. — Sonntag, 24. Juni, Ausflug nach Neustadt a. S. Abfahrt Morgens 7 Uhr, vom Bahnhof in Subwighafen. Einzelungünstigen führen die Beilingskolportage mit sich. Die Mitglieder und Freunde sind freundlichst eingeladen. Markt-Redwitz. Sonntag, 17. Juni, Vorm. 10 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal. — Restanten werden ersucht, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Menselwitz. Samstag, 16. Juni, Mitglieder-Versammlung in der "Guten Quelle". L. O.: Beitragszahlung. Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes. Um zahlreiches Erscheinen wird ersucht. Mühlhagen. (Sektion der Schlosser und Maschinenbauer.) Vom 1. Juli ab befindet sich Herberge, Arbeitsnachweis und Verkehrslokal in der Zentralherberge "Gambrius", Seublingerstr. — Alle 14 Tage Versammlung mit Vortrag im "Passauer Hof", Dülfer. Nürnberg. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 23. Juni, Mitglieder-Versammlung im "König von England". — Die für Samstag, den 18. Juni angekündigte Versammlung findet nicht statt. Obergrün. Sonntag, 17. Juni, Aufnahme neuer Mitglieder und Zahlung der Beiträge bei Herrn Kochstämpfer. Pforzheim. Samstag, 16. Juni, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im "gold. Löwen". L. O.: Vortrag. Verschiedenes. Die Kollegen werden ersucht, ihre Mitgliedsbücher zur Revision mitzubringen. Pirna. Sonnabend, 16. Juni, Versammlung im "Karolabad" (Klubzimmer). L. O.: Wahl eines Delegierten zur Konferenz in Würzen. Verschiedenes. Ratingen. Sonntag, 24. Juni, feiern der D. M. A. sein 2. Stiftungsfest mit folgendem Programm: Von 11-4 Uhr Abholen der Mitglieder auswärtiger Verwaltungen von beiden Bahnhöfen. 5 Uhr: Festrede. Nachdem geschlossenes Langtränchen, zu welchem Fremde durch Mitglieder eingeführt werden können. Reichenbach i. B. Sonnabend, den 23. Juni, in "Neue Welt", Mitglieder-Versammlung. Das Erscheinen Aller ist notwendig. — Sonntag, 24. Juni, von Nachmittags 4 Uhr an Kränzchen im Saale der "Wiese". — Am 30. Juni, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung im "Deutschen Haus". Alles Nähere durch Plakate. Regensburg. Sonntag, 17. Juni, Vormittags halb 10 Uhr, in der Stablerbrauerei, hinteres Lokal, Nothe Löwenstraße A 81, öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. L. O.: "Die Lage der hiesigen Metallarbeiter und Zweck und Nutzen einer Organisation." Referent: Martin Seiglschütz. Regensburg. Samstag, 16. Juni, Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Rosbach. Sonnabend, 23. Juni, Mitglieder-Versammlung in der "Brunnenhalle". L. O.: Besprechung und Beschlussfassung über das ev. stattfindende Stiftungsfest. Vortrag des Gen. W. Dittich. Schmalko. Montag, 18. Juni, Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in Grell's Restaurant. Tagesordnung im Lokal. Schwelm. Sonntag, 17. Juni, Morgens halb 7 Uhr im Vereinslokal Zusammenkunft zum Ausflug nach Würde. Abends 6 Uhr, Mitglieder-Versammlung. L. O.: Zahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Verschiedenes. — Die Restanten werden aufgefordert, ihren Pflichten besser nachzukommen. Stuttgart. (Allg.) Samstag, 16. Juni, Mitglieder-Versammlung bei G. Weisk. L. O.: Einziehung und Aufnahme. Vortrag. Bericht über die stattgehabten Werkstattversammlungen. Verschiedenes. Vollständiges Erscheinen erwünscht. Tübingen. Samstag, den 16. Juni, außerordentliche Mitglieder-Versammlung im "Auler". L. O.: Aufnahme. Beitragszahlung. Verschiedenes. Wahl einer neuen Verwaltung wegen Abreise des Vorstandes. Würzen. Sonnabend, 16. Juni, Abds. 8 Uhr, in "Stadt Wien", öffentliche Metallarbeiter-Versammlung. L. O.: Vortrag: "Die Bedeutung der Arbeiterorganisation für die Forderung der Klassentage". Debatte. Wahl einer Kommission für die Vorarbeiten der hiesigen Metallarbeiter-Konferenz in Würzen. Wahl eines Delegierten zu derselben.

Anzeigen.

Aufforderung. Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, auf das Mitglied Jakob Brunhauer, Buch Nr. 79291, geb. am 8. Mai 1873 zu Schwabach, besonders aufmerksam zu sein. Derselbe soll seinen Verpflichtungen nachkommen. Ortsverwaltung Augsburg. Aufforderung. Wir ersuchen die Ortsverwaltungen und Kollegen, uns die Adresse des Johann Reizer, geb. in Mainz, Buch Nr. 67720, zukommen zu lassen. Ortsverwaltung Augsburg. Die Ortsverwaltungen allerorts werden ersucht, uns die Adresse des Klempners Louis Brahnke, geb. am 18. September 1879 zu Hamburg, Buch Nr. 59047 (derselbe hat ein Buch aus unserer Bibliothek mitgenommen) und des Schlossers Martin Krause, geb. am 18. Nov. 1875 zu Seimstedt, Buch Nr. 1 mitzutheilen. Ortsverwaltung Jüteborg. Wir ersuchen die Ortsverwaltungen und Kollegen, uns die Adresse des Klempners Karraf, Buch Nr. 29073, Familienangelegenheiten wegen mitzutheilen. Ortsverw. Pant-Wilhelmshagen. Ersuche den Klempner Wilhelm Piehler aus Altdenburg, seine Adresse an mich gelangen zu lassen. Otto Kubbel, München, Kienzstr. 15/IV.

Geschäftsführer.

Für eine Buchhändler wird ein älterer Mann gesucht, der der Werkstatt vorstehen und die Bücher führen kann. Anfragen sind zu richten an Georg König, Heizen, Schützstr. 12.

Scherms Reisehandbuch für wandernde Arbeiter. Mit einer Eisenbahnkarte und zwei Orientierungs-(Straßen-)Karten. Preis, gebunden in Wäbeterband, M. 1.50. Enthält über 2000 Reisetouren in Deutschland, Oesterreich, Ungarn, Schweiz, Holland u. in übersehlicher Anordnung, nebst alphabetischem Ortsregister, Notizen über die bedeutendsten Städte und Orte, betreffend ihre Einwohnerzahl, hauptsächlichsten Industrien u. Die Ortsentfernungen sind auf Zehntel-Kilometer genau angegeben. J. Scherm, Nürnberg, Austraße Nr. 1.